DISS-Journal

Zeitung des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS)

9 (2002)

Aus dem Inhalt:

Judge Schill
Zur autoritären Restauration des Nordens

„Radikal umdenken“: wie?
Denkanstöße angesichts der Denormalisierung nach dem 11.9.

Apocalypse Now?
Berichterstattung in der BILD nach dem 11.9.

Der moderne Soldat
Von Hollywood nach Afghanistan

Fundamentalismus
Zurück zu den Quellen - aber zu welchen?

Putin in Berlin

„Radikal umdenken“

Der 11. September, so hört man, soll alles verändert haben. Jetzt erst ist Millennium: Wir seien im 21. Jahrhundert angekommen. Völlig neue Gefahren seien entstanden, die nach völlig neuen Antworten verlangten.

Tatsächlich stammen die bisher praktizierten völlig neuen Antworten aus der politischen Mottenkiste. Erst gibt es ein Ultimatum, dann fallen Bomben, dann marschieren Soldaten. Und Kanzler Schröder spricht wie Kaiser Wilhelm von bedingungsloser Solidarität (1914 hieß das „Nibelungentreue“).

Andererseits führen historische Analogien, so verblüffend sie auch sein mögen, nur bedingt weiter. Terror und Krieg im Jahr 2001 lassen sich nicht in die Schablonen der Vergangenheit pressen.

In diesem DISS-Journal versuchen wir Denkanstöße zu liefern, Erklärungen anzubieten, Beiträge zu leisten, um interventionsfähig zu werden.

Denn der 11. September ist tatsächlich ein Bruchpunkt. Nicht allein, weil Terror und Krieg neue Ausmaße angenommen haben und die Bundeswehr mitmacht.

Die Folgen des 11. September gehen tiefer. Sie könnten in eine neue „Normalität“ münden, die unsere Gesellschaft radikal verändert.

Das Schwerpunktthema des DISS-Journals heißt diesmal „Krieg und Terror“ und beginnt auf Seite 7.

Impressum:

Das DISS-Journal wird herausgegeben vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15
47051 Duisburg
Tel.: 0203 / 20249
Fax: 0203 / 287 881
e-mail:
diss@uni-duisburg.de
http://www.uni-duisburg.de

Judge Schill

Anmerkungen zur autoritären Restauration des Nordens

Von Volker Weiß

Dodge City

Glaubte man den lautesten Stimmen im Wahlkampf, herrschen in Hamburg Verhältnisse wie in Dodge City vor der Amtszeit Wyatt Earps. Junkies, Dealer, Straßenräuber und Autonome tummeln sich in den Straßen, drangsalieren die Bürger und Sicherheitskräfte. Die Stadt liegt am Boden, Behörden und Regierung, ein fieses Kartell aus Parteibuchsöldnern der Sozialdemokratie, bleiben untätig und liefern die Bevölkerung dem blanken Terror aus. Zeit für den einsamen Reiter, den Sheriff aus der Kiste.

Glaubt man den gleichen Stimmen, soll das jetzt alles anders werden. In Zukunft wird lichtscheues Gesindel am Kragen in das Rathaus des Stadtstaates gezerrt, dort sitzt dann der Richter Schill und macht kurzen Prozeß. Bald ist die Stadt wieder sauber, die Ladies wieder sicher und vielleicht kommt auch noch die Eisenbahn und bringt die Zivilisation... So, oder ähnlich, müssen die Phantasien aussehen, die der ‚Schill-Partei' fast zwanzig Prozent der Stimmen bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen vom 23. September bescherten. Das Motiv des Richters, der endlich richtig aufräumt, war bisher im Western-Genre beheimatet. Doch mittlerweile weht auch durch die norddeutsche Tiefebene der Wind der Prärie.

Hamburg erlebte diesen Sommer einen Ein-Themen Wahlkampf und in dessen Folge die Ablösung der sozialdemokratischen Stadtregierung, nach vierundvierzig Jahren ununterbrochener Herrschaft.

Der Stadt ging es gut, die Rezession hatte die Hansestadt einigermaßen verschont und wenig ließ darauf schließen, daß man eine Regierung mit grüner Beteiligung habe. Liberale Praxis, etwa im drogenpolitischen Bereich, war stets von repressiven Maßnahmen flankiert, soziale und ausländerpolitische Fragen oder die Abschiebepraxis unterschieden sich nicht vom Bundesdurchschnitt. Allein, der Ton der hanseatischen Sozialdemokratie blieb zu unaufgeregt.

In diese Bresche schlug ein stets leicht zugekokst wirkender Ronald Barnabas Schill bei seinen zahlreichen öffentlichen Auftritten. Theatralisch variierte er den einen Satz immer von neuem: In Hamburg sei die Gefahr, ausgeraubt zu werden, zehnmal größer als in München. Und nur dieser eine Satz gewann die Wahl. Er ist Programm, begrüßt die Leser auf der Homepage der Partei und wurde von Schill selbst nach seinem Sieg noch manisch repetiert. Wirtschaft, Verkehr, Bildung oder Familie, Themen die im Wahlkampf üblicherweise diskutiert werden, blieben außen vor. Es ging nur um ‚law and order'. Mit vielversprechenden Prognosen für die neue Partei ließen auch Koalitionsangebote nicht lange auf sich warten, die CDU signalisierte bald Nähe, ebenso die FDP unter Konteradmiral a.D. Lange.

Der 'Spiegel' zitierte Schill mit den Worten, ein Triumph werde nicht zu verhindern sein, „Wenn kurz vor der Wahl noch irgendeine brutale Gewalttat passiert".

Die Tat geschah. Zwar nicht in Hamburg, doch haben die diffusen Ängste der Bürgerinnen und Bürger in den einstürzenden Türmen des World-Trade-Centers ihre Projektionsfläche gefunden. Als sich noch herausstellte, daß drei arabische Studenten der TU Harburg zu den mutmaßlichen Attentätern gehörten, war der Lokalbezug schließlich da. Nach kurzem Einbruch im Schatten des Schocks stiegen in den Tagen vor der Wahl die Werte der Schill-Partei in den Umfragen weiter auf über 15%.

Der ‚Bürgerblock', wie sich die Kombination aus CDU, FDP und Schill-Partei selbst nennt, konnte das Wahlvolk mit seinen Horrorvisionen von Gesetzlosigkeit erfolgreich auf sich und einen Regierungswechsel einschwören. Die FDP überwand knapp die 5% und Schill blieb mit schließlich 19,4% keine 7% hinter der CDU.

Der Wechsel war möglich geworden.

Der Weg des Richters

Begonnen hatte dieser politische Aufstieg im Juli 2000 damit, daß Schill seine Medienpräsens zur Gründung einer Partei nutzte. Durch exzentrisches Auftreten und harte, weltanschaulich unterfütterte Urteile war der Amtsrichter ins Gerede erst seiner Kollegen und schließlich der Öffentlichkeit geraten. Von Anfang an war die Partei auf seine Person und einen Gedanken fixiert: Dem Verbrechen müsse sich ein starker Staat entgegenstellen, die bisherige Rechtspraxis sei zu tolerant.

Die ‚Partei Rechtsstaatliche Offensive' die als ‚Schill-Partei' auf den Wahlzetteln geführt wurde, ist ideologisch nicht einfach einzuordnen. Jenseits von ‚law-and-order', etwa in wirtschaftlichen Fragen, dürfte sie eine Melange aus CDU und FDP darstellen. Einige Deserteure aus CDU und SPD, gewährleisten eine gewisse Arbeitsfähigkeit der Partei. In ihren Statuten dominieren keinerlei nationalistische oder völkische Elemente, Schill selbst verneint sogar, zum rechten Spektrum zu gehören

oder eine „Alternative“ für dessen Wählerschaft darzustellen. Tatsächlich wurden allerdings die ca. 10 Prozent rechtsradikaler Hamburger Wählerstimmen von seiner Partei aufgesogen. Die in einigen Bezirken recht präsente DVU verschwand völlig. Zuwachs erhielt er auch von der CDU, die wegen weiterer Stimmenverluste als eigentliche Verliererin der Wahl gilt. Und auch vom Stammklientel der SPD, den sogenannten ‚kleinen Leuten‘ wurden starke Wanderungen ins richterliche Lager ausgemacht.

Betrachtet man die Interviews, die das norddeutsche Fernsehen in den Hochburgen der Schill-Partei an den Rändern Hamburgs führte, bekam man den Eindruck: Die hohe Kriminalitätsangst scheint sich an sich selbst zu orientieren. Den Personen, die in Wilhelmsburg stolz in die Kamera verkündeten, Schill gewählt zu haben, möchte man selbst nicht wirklich bei Dunkelheit begegnen. Doch läßt sich der Wahlerfolg der Rechtspartei nicht alleine als Aufstand des Fleischs der Vorstädte lesen. Daß die ZEIT wenige Wochen vor der Wahl Schill ein ganzes Dossier widmete und mit ihm fotogen durch den „Problemstadtteil“ St.Georg spazierte, machte ihn auch für die Leserschaft der liberalen Wochenzeitung hoffähig. Gerade im bürgerlichen Spektrum dürfte die Hemmschwelle, den „Herrn Amtsrichter“ zu wählen, wesentlich niedriger sein, als die unmöglichen Personen, mit denen beispielsweise die DVU in der Regel aufwartet. So wird auch der Vorschlag Schills, Alexander von Stahl als Hamburger Justizsenator einzusetzen, in bürgerlichen Kreisen keine Bedenken hervorrufen. Obwohl gerade diese Wahl eine ideologische Affinität zur Rechten

Siegfried Jäger / Jobst Paul (Hg.)

„Diese Rechte ist immer noch Bestandteil unserer Welt.“ Aspekte einer neuen Konservativen Revolution

352 Seiten, • 19,90 (39 DM)
3-927388-78-5, 2001

Natürlich haben wir es heute nicht mit Faschismus zu tun; doch ist auch nicht zu bestreiten, daß sich Elemente völkisch-nationalistischen und neu-konservativen Denkens bis in die Gegenwart gehalten haben oder wiederbelebt wurden.

Dieser Band präsentiert die Ergebnisse des DISS-Colloquiums 2000, das der Frage nachging, ob Deutschland angesichts von Globalisierung und Rechtsentwicklung „Eine neue Konservative Revolution“ (Pierre Bourdieu) ins Haus stehe. Die Beiträge wurden um einige aktuelle Artikel angereichert, so etwa durch einen Beitrag des israelischen Historikers Zeev Sternhell und des Kulturwissenschaftlers Jürgen Link, der Thesen zur Entwicklung nach dem 11.9.2001 aufstellt.

Weitere Autorinnen: Alex Demirovic, Martin Dietzsch, Rolf Dieter Hepp, Margret Jäger, Siegfried Jäger, Sabine Kergel, Clemens Knobloch, Matthias Küntzel, Wolfgang Luutz, Jobst Paul, Thomas Müller, Heribert Schiedel und Alfred Schobert

verdeutlicht: Von Stahl, der nach der wilden Schießerei 1993 in Bad Kleinen als Generalbundesanwalt zurückgetreten war, gehört zum nationalliberalen Flügel der FDP. Als Gast der rechtskonservativen Berliner Dienstagsgespräche hatte er versucht, die FDP am Vorbild der österreichischen FPÖ zu orientieren.
Gemeinsames Merkmal Schills Gefolges aller sozialer Schichten ist der autoritäre Reflex. In ihrer durch Verbrecher und Terroristen geprägten Vorstellungswelt sind sich Wähler und Politiker der Schill-Partei recht ähnlich. Wahrscheinlich ist ihre Partei die einzige, in deren Präambel selbst eine so unbedeutende politische Kraft wie die Autonomen Erwähnung finden: „Der Schutz der Gemeinschaft vor kriminellen und/ oder subversiven sowie autonomen Kräften ist der Partei Rechtsstaatlicher Offensive ein besonderes Anliegen.“ Zum Feindbild gehören auch alle, die irgendwie mit ‚1968‘ in Verbindung gebracht werden. „Dem schleichenden Werteverlust“, heißt es in den Parteigrundsätzen, sei „entschieden entgegenzuwirken.“. Überhaupt bestimmt das restaurative Motiv die Parteirhetorik. Die „Maßnahmen zur Wiederherstellung der Inneren Sicherheit“, einem der wenigen programmatischen Papiere zur Wahl, erweckt den Eindruck, Hamburg sei in den letzten dreissig Jahren von einer Horde umherschweifender Haschrebellen regiert worden, die jetzt mit der Exekutivmacht zurückzuschlagen sei: „Die Polizei ist Hauptfeindbild der in ihrem Marsch durch die Institutionen in Politik und Justiz inzwischen angelangten 60er. Die Polizei ist Inbegriff des von dieser Generation gehassten ‚Obrigkeitsstaates‘.“
Dazu rufen Verknüpfung der Themen ‚Ausländer‘ und Kriminalität rassistische Ressentiments ab, parolenhafte Imperative („Schluß mit…, Abschiebung von…“) suggerieren einfache Problemlösungen. Dieser „Jetzt reicht’s!“-Stil, seine Klagen über den „SPD-Filz“ und die Verklausulierte Bezugnahme auf Ausländer als Problemfaktoren dürften Schill den Ruf eines „Haiders des Nordens“ eingebracht haben.

Die Taten

Von den plakativen Parolen des Wahlkampfes ist man in den Koalitionsverhandlungen mit CDU und FDP schnell abgerückt. Die versprochene Einstellung von 1700 neuen Polizisten wurde mit 400 auf ein finanziell realistisches Maß korrigiert, die Herabsetzung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre betrifft Bundesrecht und war nie machbar, das autonome Zentrum ‚Rote Flora‘ ist aus rechtlichen Gründen derzeit nicht räumbar. Erwartet werden vor allem ein anderer innenpolitischer Ton und kosmetische Maßnahmen.
Änderungen jenseits der Erscheinungsebene wird es allerdings auch geben, Ende 2003 gehen drei Viertel der Hamburger Polizeiführung in Pension. Die Neubesetzungen fallen ausgerechnet in die Amtszeit der Schill-CDU-Koalition. So wird nicht nur der Polizeipräsident Woydt, vor seiner Amtszeit Chef ausgerechnet der TU Harburg, ausgetauscht, sondern mit strategischen Beförderungen Hamburgs Polizeiapparat auf Jahrzehnte politisch umstrukturiert werden. Dazu ist es erklärtes Ziel Schills, gerade im Bereich der Jugendstrafjustiz die Liberalisierungen seit den Siebzigern rückgängig zu machen. Zurück zu geschlossenen Heimen, abschreckender Vollzug soll die „Verständnispädagogik“ der Hamburger Jugendrichter ablösen. Folgerichtig ist damit auch „die Verhinderung der Schließung der völlig funktionsfähigen Anstalt Neuengamme“. Der rot-grüne Senat hatte der jahrzehntealten Forderung nach Schließung der Anstalt gerade zugestimmt. Sie befindet sich auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme und wäre einer Erweiterung der KZ-Gedenkstätte zugute gekommen.
Zur Bildungspolitik kam von der Schill-Partei nur der Vorschlag, jede Schule mit einem Kontaktpolizisten zu versehen. Den Rest der Politik handelten CDU und FDP aus. Aber allzusehr möchte sich der Richter ohnehin nicht auf Hamburg festlegen. Glaubt man den lautesten Stimmen, so möchte er mit seiner Partei in die Bundespolitik.

„Grenzgänger in Deutschland“

Verfrühte Absolution für die „Junge Freiheit“ aus dem Bundesinnenministerium

von Helmut Kellershohn

Wie aus dem Bundesinnenministerium zu hören ist, geht man dort an hoher Stelle davon aus, daß die rechtsintellektuelle Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) allenfalls noch zu fünf Prozent als rechtsextremistisch einzustufen sei. Ich will im Folgenden nicht darüber spekulieren, welche Motive sich hinter dieser sonderbaren Rechnung verbergen. Anhaltspunkte für eine solche Einschätzung mag es durchaus geben, aber nur eine oberflächliche und politisch voreingenommene Lektüre der Zeitung kann dazu verleiten, diese überzubetonen.

Doppelstrategie

Die JF und ihre Macher bewegen sich auf der Grenzlinie des Verfassungsbogens. Man präsentiert sich einerseits als journalistisches Flagschiff einer sich in Entwicklung befindenden „konstitutionellen Rechten in Deutschland“, von der der Chefideologe der JF, Karlheinz Weissmann, behauptet, sie werde demokratisch sein, oder sie werde nicht sein. Der Katalog der Positionen, die man zu besetzen gedenkt, erinnert folglich eher an staatstragende Verlautbarungspapiere mancher Parteien als an exponierte Forderungen der intellektuellen Rechten: „Identitätspolitik, Ablehnung eines europäischen Bundesstaates, Beschneidung der Sozialgesetzgebung, Stärkung der inneren Sicherheit, Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips und ein pädagogisches roll-back“ (JF 44/1996) – insgesamt gesehen eine halbwegs moderate Mischung von völkischen, wert- und nationalkonservativen sowie neoliberalen Elementen. Andererseits läßt sich der ideologische Horizont der JF keineswegs primär durch diese einzelnen Elemente definieren, sondern vor allem durch ihren Bezug auf die „Konservative Revolution“ der 20er Jahre, die sich damals bekanntlich weitgehend gegen die Demokratisierung des politischen und gesellschaftlichen Lebens aussprach und darüber hinaus ideologische Vorarbeiten für den Faschismus leistete. Die Kritik der JF an den gegenwärtigen Verhältnissen greift immer dann, wenn es um das Grundsätzliche geht (z.B. in der Debatte um die „Leitkultur“) auf das Argumentationsarsenal dieser „Konservativen Revolution“ zurück. Insofern kann man den Ort der JF im politischen Spektrum der „Berliner Republik“ als den einer ideologischen „Grenzgängerin“ bezeichnen.

Erfolg in Grenzen

Es versteht sich von selbst, dass eine solche Positionierung auf erheblichen Widerstand in der demokratischen Öffentlichkeit und z.T. auch von Seiten der Verfassungsorgane stoßen musste. Sie hat ihn durch die eben charakterisierte Strategie, anschlussfähig zu bleiben im tagespolitischen Geschäft und gleichzeitig den Sagbarkeitshorizont der „Konservativen Revolution“ für sich zu reklamieren, sowohl provoziert als auch zu unterlaufen versucht und dabei meines Erachtens durchaus Erfolge erzielt. Die Liste der renommierten Politiker besonders aus den Reihen der CSU und FDP, die sich als Interviewpartner der JF zur Verfügung gestellt haben, deutet auf einen wachsenden Akzeptanzgewinn hin, der offensichtlich damit zu tun hat, dass besagte Politiker eine Menge Gemeinsamkeiten mit der JF in „praktischen Fragen“ (Weißmann) glauben entdecken zu können. Man mag dies mit Hans-Dietrich Sander als „MUTisierungsprozess“ (nach dem Vorbild der ehemals NPD-nahen, heute wertkonservativ ausgerichteten Zeitschrift MUT) beklagen; man kann umgekehrt den „Extremismus

276 Seiten
• 14,90 (29 DM)
3-927388-75-0
2000

Siegfried Jäger / Alfred Schobert (Hg.)

Weiter auf unsicherem Grund

Faschismus - Rechtsextremismus - Rassismus

Kontinuitäten und Brüche

Die Gefährdung der »zivilen Bürgergesellschaft«, die der Bundeskanzler ein Jahr nach der ersten deutschen Kriegsbeteiligung seit 1945 beschwor, lässt sich nicht unter dem Stichwort »Extremismus« als Phänomen am Rand der Gesellschaft abtun. Der vorliegende Band versammelt Beiträge, die sich mit aktuellen Fragen der Einwanderungsgesellschaft Deutschland beschäftigen aber auch solche, die die Kontroversen über die deutsche Vergangenheit reflektieren. Dabei zeigt sich, dass völkisch-nationalistische Tendenzen bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein reichen.

Mit Beiträgen von: Kurt Lenk, Wolfgang Wippermann, Othmar Plöckinger, Lars Rensmann, Alfred Schobert, Siegfried Jäger, Margarete Jäger, Weertje Willms, Manfred Struck, Thomas Höhne, Thomas Kunz, Klaus F. Geiger und Margret Spohn

Martin Dietzsch / Alfred Schobert (Hg.)

Ein „jüdischer David Irving“?

Norman G. Finkelstein im Diskurs der Rechten

Erinnerungsabwehr und Antizionismus

110 Seiten, A4, € 14 (28 DM),
3-927388-76-9, 2001

Die Dokumentation von Artikeln aus rechten Print-Medien und Homepages ergibt ein Dossier der rechtsextremen Publizistik. Es zeigt, wie antisemitische Propaganda heute funktioniert.

Eva Kaewnetara / Hans Uske (Hg.)
Migration und Alter
Auf dem Weg zu einer kulturkompetenten Altenarbeit
Konzepte – Methoden – Erfahrungen
167 Seiten, • 14,80 (27 DM),
3-927388-77-7, 2001

Seit den 80er Jahren wird darüber diskutiert, was passieren muss, wenn ArbeitsmigrantInnen ins Rentenalter kommen. Die Probleme, die für die Betroffenen, die Gesellschaft und die Einrichtungen der Altenhilfe entstehen, sind prognostiziert und es herrscht weitgehend Konsens über einen entsprechenden Handlungsbedarf.
So haben sich Verantwortliche in politischen Institutionen, Wohlfahrtsverbänden und auch in der Forschung damit beschäftigt, wie Angebote der Altenhilfe dieser Situation gerecht werden können und wie sich die Bedürfnisse von älteren MigrantInnen in die bestehenden Strukturen einpassen lassen. Dazu wurden eine Reihe von Modellversuchen installiert. Ihre Erfahrungen und Ergebnisse sind jedoch bisher kaum veröffentlicht, wichtiges Know how geht so verloren.
Das Buch „Migration und Altenhilfe" beabsichtigt, die in solchen Projekten aufgefundenen Antworten zu dokumentieren, einzuordnen und für die Praxis zugänglich zu machen. Es enthält Beispiele erfolgreicher Praxis und Reflexionen der damit zusammenhängenden Probleme.

Hans Uske / Michael Heveling-Fischell
Waldemar Mathejczyk
Risiko Migration. Krankheit und Behinderung durch Arbeit
140 Seiten, ca. • 12 (24 DM)
3.927388-81-5, 2001
Migrantinnen arbeiten im Durchschnitt unter höheren Arbeitsbelastungen, sie verunglükken öfter bei der Arbeit und sind in der Folge häufiger schwerbehindert. In der Untersuchung wird warum es heute noch ein besonderes Risiko für Migrantinnen gibt und was dagegen zu tun ist.

der Mitte" ein weiteres Mal hervorheben.
Unabhängig aber von diesen unterschiedlichen Sichtweisen wird der Erfolg gerade dadurch relativiert, dass sich die JF – immer unter der Voraussetzung, dass sie sich weiterhin in die Tradition der „Konservativen Revolution" stellen will – auf der besagten Grenzlinie des Verfassungsbogens halten muss. Sie muss sich als vom Verfassungsschutz und der antifaschistischen Linken Verfolgte und als Vorkämpferin der „Freiheit" darstellen können, um die nötigen Solidaritätsprozesse sowohl von rechtsaußen als auch aus dem konservativen und nationalliberalen Lager provozieren zu können. Eine klare politische Entscheidung für eine demokratische Position würde ihr ebenso die „Luft" zum Überleben nehmen wie umgekehrt eine Entscheidung für den Kampf gegen das „System". In beiden Fällen würde die JF auf erdrückende Konkurrenz stoßen. Folglich sind den Entwicklungsperspektiven der JF enge Grenzen gesetzt, es sei denn, die politischen Verhältnisse veränderten sich erheblich, was auf absehbare Zeit nur dann zu erwarten ist, wenn insbesondere die Erosion des konservativen Lagers in einem relevanten Ausmaß fortschreitet (Schill-Effekt).

Hoffnung auf bessere Zeiten

Einstweilen muss man sich mit „kleinen Brötchen" begnügen. Karlheinz Weißmann, dessen Beiträge für den Kurs der JF durchaus maßgeblich sind (Chefredakteur Dieter Stein ist zwar ein durchsetzungsfähiger Organisator, aber kein konzeptiver Ideologe: dazu fehlen ihm, schlicht und ergreifend, die nötigen Kenntnisse), hat von einem „bunten Haufen" gesprochen, auf den sich eine „konstitutionelle Rechte" stützen könnte: traditionelle Katholiken und Nationalprotestanten, konservative Ökologen, Rechtsliberale und Undogmatische. In Bezug auf diesen „Haufen" sieht er die Möglichkeit, einen Konsens in tagespolitischen Fragen zu organisieren, dessen Inhalte durch die vorhin angesprochenen Elemente zu umreißen wäre. Als ein Mittel, um einen solchen Konsens immer wieder aufs Neue herzustellen und offensiv in den mediopolitischen Diskurs einzuspeisen, kann man zweifellos die JF ansehen. Es muss freilich nicht, wie angedeutet, bei diesem „bunten Haufen" bleiben, und auch die Tagespolitik hat ihre Grenzen. Die derzeitige Krise der Union, in der es nach „verbrannte(r) Erde" (Michael Inacker, FAZ-Sonntagszeitung v. 4.11.01) riecht, produziert das Bedürfnis nach einer ideologischen Aufrüstung des Konservatismus, ob in oder außerhalb der Unionsparteien. Auf diesem weiten Feld wird sich die JF mit Sicherheit tummeln und ihre Chance suchen, etwa im Verbund mit anderen jung- und nationalkonservativen Einrichtungen wie dem „Studienzentrum Weikersheim", dem „Institut für Staatspolitik" oder dem „Deutschland-Magazin". Die Renaissance der „Konservativen Revolution" hat möglicherweise erst begonnen.

Die extreme Rechte und der 11. September

Die Oktober-Ausgabe der Archivnotizen befasst sich ausführlich mit den Reaktionen der deutschen extremen Rechten auf die Anschläge vom 11. September. Außerdem werde dort auch die Reaktionen der extremen Rechten in den USA behandelt.
Gegen eine Gebühr von 10 DM oder • 5 kann diese Ausgabe beim DISS angefordert werden. (Siegstr. 15, 47051 Duisburg, fon: 0203-20249, fax: 0203-287881 email: diss@uni-duisburg.de

»Radikal umdenken«: wie?

Denkanstöße angesichts der Denormalisierung nach dem 11. September 2001

von Jürgen Link

Die folgenden Thesen stellen einen Auszug aus einem Text dar, der vollständig in der neuen Ausgabe der kultuRRevolution sowie in dem Sammelband „Diese Rechte ist immer noch Bestandteil dieser Welt“ (hg. von Siegfried Jäger und Jobst Paul, DISS Duisburg 2001) abgedruckt ist. Es handelt sich hier vor allem um die Schlussfolgerungen, die Jürgen Link aus seinen Reflexionen zu den Ereignissen des 11.9.01 zieht[1]

22. »Radikal umdenken?« – Aber wie, wenn nicht in Richtung Weltkrieg der dritten Art, Notständestaat und protonormalistischer[2] Restauration? Illusionen über den möglichen Einfluß der »normalen Leute«, und zwar einschließlich der »normalen Intellektuellen«, auf die politischen Entscheidungsprozesse sind leider nicht angebracht, und um so weniger, je mehr Entscheidungen auf die militärische, geheimdienstliche, geheimtechnische usw. Ebene verlagert werden. Insofern sind die Zivilgesellschaft und unter den wichtigsten gesellschaftlichen Ebenen die allgemein kulturelle der entscheidende Ort, wo etwas bewirkt (was augenblicklich vor allem heißt: verhindert) werden kann. An diesem Ort kann die Meinungs- und Diskussionsfreiheit (einschließlich der wissenschaftlichen Forschungs- und Lehrfreiheit) als wichtigste Bedingung aller denkbaren Einflußnahmen auch auf die Medien und die Politik verteidigt werden. Der erste konkrete Schritt in der aktuellen Situation wäre die Verhinderung einer psychoterroristischen Gleichschaltung (und damit Ausschaltung) der Zivilgesellschaft durch die Proklamierung des »kulturellen Notstands« und des »kulturellen Burgfriedens« und die symbolische Gleichsetzung der Dissidenz gegenüber den notständestaatlichen Tendenzen mit »Verharmlosung von Terror«. Konkret geht es um folgende Punkte:

23. Es gilt, die notständestaatliche Reduzierung aller offenen Fragen und Probleme auf ein lediglich binäres Freund-Feind- bzw. Gut-Böse-Schema zu verhindern (die kRR[3] hat früher in diesem Sinne von »Kretin-Alternativen« gesprochen; z.B.: ›Wer gegen Luftbombardements von Städten ist, ist für Saddam, Milosevic sowie andere neue Hitlers, also für Hitler‹ usw.). Der norwegische Friedensforscher Johan Galtung sieht in der binären Reduktion die gefährlichste Eskalationsmaschine in den Köpfen. Er empfiehlt als praktisches Verfahren, bei der Analyse jedes Konflikts zunächst mindestens sieben verschiedene Positionen und Faktoren herauszufinden. Er empfiehlt ferner, selbst bei Feinden allgemeinen Abscheus zu fragen, in welchem Punkt sie möglicherweise etwas Zutreffendes sagen. Natürlich nicht, um solche Leute zu »verharmlosen« oder gar zu »verteidigen«, sondern um sie wirksamer und präventiver bekämpfen zu können, bevor sie noch mehr Unheil anrichten. Galtung scheut sich nicht, dieses Verfahren sogar auf Hitler anzuwenden und zu sagen, daß Hitler seine Hetzpropaganda leider punktuell mit der faktischen Einseitigkeit und Revanchelastigkeit des Versailler Vertrags ausstaffieren konnte. Hätte man den Vertrag rechtzeitig revidiert (wie es u.a. John Maynard Keynes schon 1922 eindringlich forderte), wäre uns – so Galtung – ein Reichskanzler Hitler möglicherweise erspart geblieben.

---

[1] Eines der wichtigsten teilweise operativen kulturellen Dispositive westlicher Gesellschaften seit dem 19. Jahrhundert ist der Normalismus, d.h. die Gesamtheit aller sowohl diskursiven wie praktisch-intervenierenden Verfahren, Dispositive, Instanzen und Institutionen, durch die in modernen Gesellschaften »Normalitäten« produziert und reproduziert werden. Konstitutiv sind dabei insbesondere die Dispositive der massenhaften Verdatung, d.h. die statistischen Dispositive im weitesten Sinne (s. J.L., Versuch über den Normalismus. Wie Normalität produziert wird, Opladen 1996, 2. Aufl. 1999).

[2] Idealtypisch kann der Normalismus zwei entgegengesetzten Strategien folgen, wodurch (ebenfalls idealtypisch) zwei entgegengesetzte normalistische Spielarten entstehen: der Protonormalismus und der flexible Normalismus. Protonormalistisch sind ein enger Normalbereich, fixe und »harte« Normalitätsgrenzen und entsprechend ausgedehnte Zonen von »Anormalität«. Flexibelnormalistisch sind umgekehrt ein maximal breiter Normalbereich, flexible und »weiche« Normalitätsgrenzen mit breiten Übergangszonen sowie entsprechend verengte und auf minimale Extreme reduzierte Zonen von »Anormalität«. Den beiden Spielarten des Normalismus entsprechen idealtypisch zwei Spielarten von Subjektivität: eine »autoritäre«, »außengelenkte«, und eine flexible, sich selbst normalisierende, »innengelenkte«. Nach 1945 setzte sich in Nordamerika sowie in allen westeuropäischen Staaten der flexible Normalismus durch.

[3] kRR = kultuRRevolution. zeitschrift für angewandte diskurstheorie; s. hier z.B. Nr. 25/1991: »Deutsche Wüstenstürmer«.

24. Es gilt, die offene und öffentliche Diskussion in der Zivilgesellschaft gegenüber der Geheimpolitik der tendenziell PINOschistischen[4] Komplexe Militär, Geheimdienste und weitere notständische Sektoren der Exekutive zu verteidigen. Es ist gänzlich falsch, daß sowohl die großen strategischen Alternativen wie auch die groben konkreten militärischen Szenarios in ihrer Eskalationslogik (augenblicklich etwa die möglichen Szenarios von Vergeltungsschlägen und Kommandoaktionen gegen Afghanistan, Irak, Libanon, Sudan, Algerien u.a.) absolut vor der Bevölkerung geheimzuhalten sind. Die Öffentlichkeit muß das Recht haben, nicht über taktische Einzelheiten, wohl aber über strategische Entscheidungen informiert zu werden und öffentlich darüber diskutieren zu können. Gerade auch Friedensforscher(innen) und Deeskalationsexpert(inn)en müssen in solche Diskussionen einbezogen werden können.

25. Das gilt insbesondere für die öffentliche Diskussion über Risikoanalysen der notständestaatlichen und denormalisierenden Vorschläge. Was sind die Erfolgsaussichten bzw. Risiken der globalen Eskalationsstrategie, die dem NATO-Konzept einer »deterrence« und einer »flexible response« zugrunde liegt, sobald diese Strategie für einen »langen globalen Krieg gegen den Terror« ›umgeschrieben‹ werden sollte? Was wären umgekehrt die Erfolgsaussichten und Risiken einer alternativen, intelligenten Deeskalationsstrategie, wie sie von der kRR seit langem vorgeschlagen und wie sie in der Friedensbewegung diskutiert wurde, unter den besonderen Bedingungen der Bedrohung durch Massaker planende Terrornetze? (s. IIDS) Wieso soll die intensive und internationale, diplomatisch unterstützte primär kriminalistische und juristische Verfolgung der Täter durch einen »Krieg« ersetzt werden? Was sind die Erfolgsaussichten und Risiken beider »Optionen«? Welches sind insbesondere die Risiken der »Entgleisung« eines nach den Prämissen der Eskalationsstrategie geführten globalen Krieges? Droht ein solcher Krieg nicht ebenso und mehr noch als die verhängnisvollen Air-Land-Battles gegen den Irak und gegen Jugoslawien mit ihren menschenverachtenden »Kill-Rates« von 100000:100 bzw. 10000:0 seinerseits exterministisch zu werden? Welche Risiken birgt das NATO-Konzept der nach oben offenen Eskalationsstufenleiter (bis hin zu den ABC-Waffen) im Falle von »Pannen« oder Mißerfolgen niedrigerer Stufen?

26. Normalismustheoretisch ist vor der Illusion eines angeblich »normalen« Krieges zu warnen. Kriege sind prinzipiell nicht wie industrielle Prozesse normierbar und normalisierbar, wenn auch das Bombardieren nach »Fahrplänen« (»schedules«) und die Rhetorik eines kontrollierten »Herauf- und Herunterfahrens« der Eskalationsstufen oder gar der »Kill-Rates« einen solchen Eindruck erwecken sollen. Wenn Außenminister Fischer sagte: »Risiko ja, Abenteuer nein«, so lautet die einfachste Binsenweisheit: Das Risiko jeden Krieges ist seine jederzeit drohende »Entgleisung« zum Abenteuer (daran mag man die Kompetenz dieses Außenministers zur Führung eines »globalen Krieges gegen den Terror« ermessen). Ebenso prekär erscheint in normalismustheoretischer Perspektive der Versuch, den per definitionem »unnormalen« Krieg wasserdicht vom »normalen Leben« zuhause abzuschotten (dazu unten Punkt 30 a.). Leider tendieren alle Fronten, auch die Heimatfronten, über kurz oder lang zur Denormalisierung.

27. Weil Kriege nicht normalisierbar sind, muß die Illusion ihrer »Normalität« primär kulturell produziert werden. Um so wichtiger ist es, die Freiheit der Kultur zu wahren. Die Freiheit der Kultur kann nur gewahrt werden, wenn die Freiheit der Kritik gewahrt bleibt.

28. Nur so können Zivilgesellschaft und Kultur (einschließlich Wissenschaft) ihren dringend benötigten Beitrag zu einer wirklich effektiven mittel- und langfristigen Schwächung und nach Möglichkeit schließlichen Beseitigung des Massaker-Terrors leisten. Immer wieder wird momentan gefragt: Wie kann ein derartiger Haß auf Massenbasis entstehen und wie kann man ihn wieder loswerden? Er kann nicht zuletzt in Gesellschaften entstehen, die kulturell nach dem Prinzip der binären Reduktion funktionieren. Man wird ihn auf Dauer nur wieder loswerden können, wenn man mindestens (neben ebenfalls dringenden notwendigen sozialen Veränderungen) die binäre Reduktion aufknackt und schwächt. Das bei weitem Kontraproduktivste wäre es also, das gleiche Prinzip der binären Reduktion auch noch in den bisher halbwegs pluralistischen Zivilgesellschaften einzuführen. Diese Diskursstrategie gegen den binären Reduktionismus auf dann nur noch eine Meinung hängt direkt mit der Rolle zusammen, die Feindbilder bei der Erzeugung von Haß als notwendiger Motivation für Terror spielen. Es muß möglich bleiben, in der Zivilgesellschaft offen über Feindbildmechanismen zu forschen und zu diskutieren. Dazu gehört die Einsicht, daß es nicht nur auf einer Seite, sondern immer auf allen Seiten Feindbilder gibt, die sich gegenseitig hochschaukeln können, und daß es immer auch auf jeder Seite ›Wunsch-Feindbilder‹ gibt, d.h. Bilder vom Feind, wie er sein müßte, um ihn

[4] Ich habe seinerzeit den Begriff »PINOschismus« für ein Regime »**P**ermanenter **I**ndustrieller **N**otstands-**O**rdnung« vorgeschlagen. Der Begriff ist nicht aufgegriffen worden, er war wohl terminologisch nicht besonders glücklich. Sein Sinn bestand darin, den Allerweltsbegriff des »Faschismus« für sämtliche permanenten, also nicht bloß kurzfristigen Notstands-Regime zu vermeiden. Dieser Begriff ist für solche neuen Tendenzen, wie sie jetzt diskutiert werden, gänzlich irreführend: Zwar ist Faschismus eine mögliche Form von PINO, aber keineswegs die einzige bzw. deckungsgleich damit. Auf der anderen Seite ist auch der Begriff des »Autoritarismus« völlig unbrauchbar, da analytisch nichtssagend – ebenso wenig würde »Totalitarismus« diesen Typ von Notständestaat zutreffend kennzeichnen.Der Anklang an Pinochet war dabei bewußt und gewollt: Tatsächlich bilden auch bestimmte Militärdiktaturen eine weitere Spielart von »PINOs«. In manchen westlichen Medien wurde das Regime sogar als ›beschränkt demokratisch‹ hingestellt; s. »rutschgefahren ins vierte reich?« kultuRRevolution 5 (1984): j.l./ursula link-heer: zu dieser nummer (4f.) u. j.l.: diskursive rutschgefahren ins vierte reich? rationales rhizom (12–20)

457 Seiten, 76 DM, ISBN 3-531132-76-8

am intensivsten hassen zu können. Eine rationale Kritik solcher ›Wunsch-Feindbilder‹ nicht bloß der Gegenseite, sondern auch der eigenen Seite mittels ihrer Konfrontation mit Fakten muß nicht bloß vor der binären Reduktion (im schlimmsten Fall vor der Denunziation als »Verharmlosung«) geschützt bleiben, sondern erweist sich umgekehrt gerade als absolut notwendiges und mittelfristig effektives Instrument gegen Massaker-Terror. Einen ähnlich wichtigen Beitrag zur Schwächung potentiell prä-terroristischer Mentalitäten kann die Aufdeckung weiterer Feindbild-Mechanismen leisten (Rolle subjektloser, deshumanisierter, satanisierter usw. Feindbilder; Einsicht in das Spiel von Identifikationen und besonders auch Gegen-Identifikationen mit den Feindbildern des Feindes!), ferner die Analyse aggressiver As-Sociations-Wellen auf sei es religiöser oder nationalistischer Basis, wobei insbesondere die Instrumentalisierung von Märtyrern und Leichenbergen (Elias Canetti) zu berücksichtigen wäre. Schließlich: welche weiteren diskursiven Mechanismen (u.a. auch pseudo-normalistische wie extrem asymmetrische »Kill-Rates«) führen zur Entwertung von bestimmten Gruppen von Menschenleben in bestimmten Köpfen?

29. Unter normalismustheoretischem Aspekt ist vor den Tendenzen einer »protonormalistischen Restauration« zu warnen. Die aktuelle, flexibel-normalistische, »breite« Normalzone bildet eine wichtige Bedingung des Pluralismus. Die flexibel-normalistische Inklusion und Integration früher (im Protonormalismus) als »anormal« hingestellter Minderheiten (Behinderte, sexuelle und andere kulturelle bzw. sog. »ethnische« Minderheiten usw.) hat den Pluralismus zweifellos gestärkt. Die gleichschal-terischen Tendenzen jedes, auch des flexiblen Normalismus sind bekannt – gegenüber bestimmten protonor-malistischen Alternativen ist der flexible Normalismus aber unbedingt als tatsächlich kleineres Übel zu verteidigen. In diesen Zusammenhang gehört auch die Wendung mancher tendenziell notständisch argumentierenden Politiker gegen »unsere Spaßkultur«.

30. Allerdings ist ohne weiteres, gerade in den USA und ihrer Hemisphäre, ein Notständeregime PINOschistischer Tendenz denkbar, das die protonormalistische »Verhärtung« auf bestimmte Sektoren beschränkt und parallel damit in anderen Sektoren wie etwa der »normalen Freizeit« die »Spaßkultur« fortsetzt. Daraus könnten sich ggf. verschiedenste Verwerfungen und Zerreißproben von Subjektivitäten ergeben, die man sich momentan noch kaum vorstellen kann.

30a. Inzwischen (Zusatz 24.9.2001) erweist sich die Tendenz zu einem »gespaltenen Normalismus« als Haupttendenz bei den westlichen mediopolitischen Klassen und kulturellen Eliten. Insbesondere ist dieser »gespaltene Normalismus« das explizite Programm der Rede des Präsidenten der USA vom 20.9.2001. Nach diesem Programm sollen also bestimmte Sektoren der Gesellschaft (wie Terrorbekämpfung, militärische Komplexe, Luftverkehr, Tourismus, Staatsgrenzen, Immigration) unter eine Art tendenzielles PINO-Regime gestellt werden, während andere Sektoren (Wirtschaft, Kultur incl. Popkultur, Alltagsleben) »zur Normalität zurückkehren« dürfen. Die Medien sollen offenbar beide Sektoren »spiegeln« und dadurch irgendwie »integrieren«. Normalismustheore-tisch gesehen, dürfte dieses Programm höchst prekär sein, da es den Gegensatz zwischen Protonormalismus und flexiblem Normalismus sowie die Rolle der Subjektivitäten nicht bedenkt. Soweit die militärischen Komplexe überhaupt pseudo-»normal« funktionieren können, sind sie auf Protonormalismus (Disziplin, Dressur, Autorität, Außenlenkung, klare und enge Normalitätsgrenzen, Kontrolle vom Typ der Überwachung, Klima der Denunziation) verwiesen. Das gleiche gilt für andere Sektoren, sobald sie PINOschistischen Regelungen unterworfen werden. Das Nebeneinander solcher protonormalistischer Sektoren mit flexibel-normalistischen (insbesondere in Gestalt der Fun-Kultur) fordert strenge gegenseitige Abschottung, weil sonst gegenseitige Interferenz- und ›Ansteckungs‹-Prozesse (in je eine der beiden Richtungen) in Gang kommen. Eine solche Abschottung setzt eine koloniale bzw. imperiale Trennung der Kriegsschauplätze von den Heimaten voraus. Gerade diese Trennung soll aber in dem neuen globalisierten Kriegs-

typ nicht gelten (außerdem ist sie nie länger als 3–5 Jahre durchzuhalten, wie die Beispiele Algerien und Vietnam gezeigt haben); insbesondere soll diese Trennung nicht in den Medien gelten. Ich habe im Versuch über den Normalismus die These begründet, daß und warum in dieser Art von Interferenz-Situation der Protonormalismus mittelfristig ›bessere Karten‹ hat (weil die protonormalistische Subjektivität[6] »robuster« und »stabiler« ist). In dem Maße jedoch, in dem die Abschottung gelingt, wird sich die Tendenz zur erneuten Spaltung des Territoriums der reichen Länder in verschiedene Normalitätsklassen (Armuts- bzw. »ethnische« Zonen, Ghettos, Lager) wie vor 1945 verstärken.

30b. Da der proklamierte »globale Krieg gegen den Terror« insbesondere auch sehr arme Länder der 3. Welt betrifft, berührt er direkt das globale normalistische System von 5 Normalitätsklassen mit abgestuften Standards an »Normalität« (1. Welt, Zwischenklasse zur 3. Welt, obere 3. Welt = Schwellenländer, durchschnittliche 3. Welt, »ärmste Länder«). Bereits bisher stellten die Flüchtlingsbewegungen einen neuralgischen Punkt des flexiblen Normalismus dar, wie es die ›notgedrungen‹ protonormalistischen Grenzregime zwischen den Normalitätsklassen zeigten. Künftig dürften diese Grenzen noch hermetischer geschlossen werden. Bisher war es möglich und weitgehend üblich, Länder der 5. Normalitätsklasse (z.B. in Afrika, aber auch z.B. Irak und Afghanistan) »in ihrem Elend schmoren zu lassen«, da eine Integration in das Weltsystem zu große finanzielle Kosten nach sich zu ziehen schien. Wenn künftig nun alle Länder von den G 7 direkt kontrolliert werden sollen, um überall mögliche Brutstätten von Terror auszuräuchern, werden möglicherweise riesige Gebiete unter G 7-Protektorat zu stellen sein (wobei auf das tendenziell zweitstärkste G 7-Land Deutschland im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung »wachsende Verantwortung« zukommen wird, an die unter diesem Schlagwort ursprünglich wohl kaum gedacht war). Es wird dann möglicherweise eine neue Form von weltweiter »Generalverwaltung der Lager« entstehen.

31. Für die öffentlichen zivilgesellschaftlichen Debatten ist jeweils ein ausreichender Zeitrahmen zu gewährleisten: Um bestimmte schwierige Probleme analysieren zu können, braucht es Zeit. Man erkennt die PINOschistischen Tendenzen nicht bloß an ihrer Geheimniskrämerei, sondern u.a. auch an ihrer extremen »Raserei«. Ein Beispiel für mögliche Interferenzen stellt die bereits vor dem Massaker laufende Debatte in der Bundesrepublik über Gentechnik dar. Dort drängten die einen auf sofortige Entscheidung, während die mehr analytisch und risikobewußten Positionen für längere Bedenkzeiten eintreten. Sollten die notständischen Instanzen ermächtigt werden, so wäre mit einer allgemeinen »Beschleunigung« und mit immer mehr (großenteils zudem geheimen) Blitzentscheidungen zu rechnen, was auch für bestimmte Wissenschaftler, Techniker, Juristen[7] und Wirtschaftler zweifellos attraktiv sein könnte. Normalismustheoretisch gesehen, würden auch dadurch die Risiken von »Unfällen« jeder Art mit folgenden Paniken enorm vergrößert.

32. Daß die Massenmedien entscheidende Katalysatoren bei der Auseinandersetzung um eine offene und plurale Zivilgesellschaft sind, ist evident. Sie stehen zwischen Zivilgesellschaft und Staat. Idealiter sollten sie in erster Linie Stimme der Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat sein. Wenn sie bloß noch Stimme des Staates oder gar seiner tendenziell notständischen Apparate wären, wäre das ihr GAU. Würden sie in die Zange zwischen einem tendenziellen Notständestaat und einer durch binäre Reduktion monotonisierten Zivilgesellschaft genommen, so wäre das Resultat dasselbe. Auch daran zeigt sich, wie wesentlich die Verteidigung von Pluralität und Dissidenz in der Zivilgesellschaft ist.

33. Schließlich ist gerade jetzt eine Stärkung der prognostischen Kapazität der Zivilgesellschaft dringend geboten, wozu die Normalismusforschung einen wichtigen Beitrag leisten kann. Vielleicht wäre sogar der Moment gekommen, um eine Art »Expertengewerkschaft« zu gründen, für all jene (zunächst vielleicht besonders prognostischen) Experten, die ihre Expertentätigkeit entschieden auf öffentlicher, zivilgesellschaftlicher Ebene (d.h. nicht auf notständestaatlich-geheimer, z.B. geheimdienstlicher) ansiedeln.

(13./14.9.2001)

[6] Die wir seit gestern auch »Schill-Subjektivität« nennen können (Zusatz 24.9.2001).

[7] Vom Typ des Hamburger »Richters Gnadenlos« (Schill) mit seiner Vorliebe für »kurzen Prozeß«. Da der Protonormalismus sich grundsätzlich u.a. durch eine enge Rückbindung an Normativität auszeichnet, tendiert eine ›harte‹ Spielart von Juristen stets sozusagen ›automatisch‹ zum Protonormalismus (Zusatz 24.9.2001).

Bücher

Jobst Paul
«Erinnerung» als Kompetenz Zum didaktischen Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung

110 Seiten
€ 9,80 (19 DM)
3-927388-70-X
1999

Bis heute liegt in den Geistes- und Humanwissenschaften kein Konzept vor, mit dem Ausgrenzung, Stigmatisierung und Rassismus und ihre kulturellen Voraussetzungen erklärt und in kritisches Wissen umgesetzt werden können. Die vorliegende Studie entwickelt eine curriculare Skizze, die den Bedingungen der wissenschaftlichen Validität, der didaktischen Einfachheit und der kognitiven Plausibilität gerecht wird. Die Skizze kann von der Sekundarstufe 1 bis zur gymnasialen Oberstufe sowie in der Ausbildung schrittweise oder in Teilen realisiert werden und soll der universitären Diskussion als Vorlage dienen.

Apocalypse Now?

Diskursanalytische Überlegungen zur BILD-Berichterstattung unmittelbar nach dem 11.9.2001

Von Iris Bünger

Die BILD-Zeitung berichtete am 12.9.01, dem Tag nach dem Anschlag von Selbstmordkommandos auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington auf sieben Sonderseiten.
Als symbolische Antwort auf die Solidaritätsbekundung des früheren amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy: „Ich bin ein Berliner" integrierte BILD vom 13.9. bis zum 18.9.01 die amerikanische Flagge in ihr Logo und machte damit deutlich: „Wir sind alle Amerikaner." Da BILD ein diskursmächtiges Medium darstellt, das in der Lage ist Sagbarkeitsfelder und Applikationsvorgaben zu produzieren, kann eine Analyse dieser Diskursstrategie Aufschluss darüber geben, welche politischen Ziele diese Diskursstrategie implizieren.

Terror versus Krieg

Auf rotem Grund erscheint am 12.9.01 die Überschrift zum Haupttitel – „Tausende Tote in Amerika! Die Welt in Angst! Gibt es Krieg?" Hier werden bereits die wichtigsten Bedeutungsfelder umrissen: Tod, Angst, Krieg. Die Schlagzeile selbst - ein Stoßgebet: „Großer Gott, steh uns bei!"
Das Stichwort „Krieg" wird auf der gleichen Seite im Kommentar wieder aufgenommen: Die Terrorakte seien eine „Kriegserklärung an die Menschheit". Amerika wird hier als Pars pro toto verwendet, es steht für die ganze Welt, d.h. der Angriff auf die Menschen in Amerika ist ein Angriff auf die Menschheit.
Im Text wird das Geschehene als „der schlimmste Terroranschlag in der Geschichte der Menschheit" beschrieben. „... um 8.48 Uhr attackierten Terroristen das Herz der Welt." Der moslemische Extremist Osama bin Laden, der zurückgezogen in den Bergen Afghanistans das Gastrecht der Taliban genieße, wird als Drahtzieher der Anschläge benannt. Die Reaktion des deutschen Bundes-

kanzlers wird zitiert: „Er bezeichnete die Terroranschläge als 'Kriegserklärung gegen die gesamte zivilisierte Welt'."
Durch Verengung und Erweiterung der Perspektive – von Amerika auf die gesamte Welt, dann auf Deutschland – wird eingeschworen auf eine Erkenntnis, die für das weitere Vorgehen der USA von grundlegender Bedeutung ist: Es handelt es sich hier nicht um „bloßen" Terror, hier handelt es sich um Krieg.

Das eskalierende Kriegsszenario

Einen Tag später, am 13.9.01, beschwört BILD geradezu den Krieg mitsamt Deutschlands Rolle in vorauseilendem Gehorsam und gibt den Nato-Verteidigungsfall bekannt, der dann tatsächlich erst am 2.10.01 beschlossen wurde. Dies zeigt deutlich, mit welcher Dringlichkeit „Krieg" zeitlich nah zu den Terroranschlägen diskursiviert wurde. Unter leichter Rücknahme dieser Dringlichkeit – vermutlich, weil der Militärschlag vorerst nicht erfolgte – befragt BILD den deutschen Kanzler, der beruhigt: „Wir haben keinen Krieg". Das übereilt entworfene Kriegsszenario wird sodann durch ein stärker rechtsstaatliches Szenario begrenzt, bei dem nun „Beweise" gegen die Terroristen im Vordergrund stehen (21.09.01). Unter diesen Aspekten wird das Kriegsszenario aber in den folgenden Tagen wiederbelebt: „Der Countdown läuft – Nur noch 24 Stunden bis zum Schlag gegen Afghanistan" (1.10.01), „Angst vor neuen Anschlägen nach US-Angriff" (2.10.01).[1]

„Wir und die Anderen"

Der Titel der BILD -Zeitung vom 12.09.01 verweist aber auch auf eine weitere Ebene, die an der Schnittstelle der Diskussion um „den Krieg" liegt – die Polarisierung der Welt: „Großer Gott, steh uns bei!" Da stellt sich die Frage: Wer spricht hier? Durch das Personalpronomen „uns" wird in Zusammenhang mit der im Text fortgeführten Gegenüberstellung binärer Oppositionen die Welt reduziert auf die „freie, westliche, zivilisierte" Welt und eine Gegenwelt, die es zu bekämpfen gilt: die „unfreie, unzivilisierte" Welt – eben der Westen und der Rest, Wir und die Anderen, die Christen und die Moslems.

Der Feind und das Feindbild

Die Frage nach den Schuldigen beantwortet die BILD-Zeitung am 12.09.01 sehr prompt: „Die USA vermutet die Terror-Organisation des Moslem-Extremisten Osama bin Laden hinter den Anschlägen." Zitiert werden Mitteilungen über geplante Anschläge und ein religiöser Erlass vom Februar 1998: „Wir rufen mit Gottes Hilfe jeden Moslem, der an Gott glaubt und der belohnt werden will, weil er an Gottes Gebote glaubt auf, die Amerikaner zu töten und ihr Geld zu rauben, wo immer es ist." Das kann nicht der Gott sein, den „wir" auf der Titelseite angerufen haben. Der Feind ist benannt, das Feindbild personalisiert in bin Laden, jedoch auch schnell übertragbar auf eine Religion, die solche Anschläge möglich macht –die Moslems geraten so in die Ziellinie der notwendigen Bekämpfung, ist es doch ihr Gott, der dazu beitragen soll, die Amerikaner, also „uns" zu töten.
In dem Zusammenhang von Extremismus und Feindbild steht auch die Berichterstattung „Palästinenser-Extremisten tanzten auf den Straßen". Es werden jubelnde und tanzende Kinder gezeigt, aber auch der Palästinenser-Präsident Jassir Arafat mit dem Hinweis: „Verurteilt offiziell den Anschlag." Hier wird die Frage nach der „inoffiziellen" Version aufgeworfen, die die Palästinenser auf die Seite der terrorbereiten „Anti-Amerikaner" stellt. Die Mitteilung „Die demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP) und die radikalislamistische Palästinenserorganisation „Hamas" bestritten Meldungen über eine Tatbeteiligung" (12.9.01, 6) stellt Meldung und Widerspruch in einen Dialog, der freie Interpretationen zulässt und rückt den möglichen Netzwerkcharakter bzw. lose Allianzen eines islamistischen Extremismus in den Vordergrund.
Die Vorstellung von einem globalen Netzwerk des Terrorismus weicht das personalisierte Feindbild 'Osama bin Laden' teilweise auf. Dies wird auch in der Berichterstattung über sein Verschwinden oder seine mögliche äußere Veränderung deutlich. „Sogar den Bart abrasiert? Bin Laden spurlos verschwunden." (BILD 24.09.01). Eine Computersimulation zeigt Bin Laden ohne Bart und beschreibt, dass 11000 Terroristen von bin Laden ausgebildet wurden. Die Grenzen zwischen personalisiertem Feindbild und 'subjektlosen Feindmassen' verschwimmen: „Kriegserklärung aus dem Dunkel". Hier kommt kollektivsymbolisch die Gegenwelt zu der geschlossenen Innenwelt zum Tragen: das Chaos, das Dunkel, die Bedrohung, die sich auch in ihrer metaphysischen Kraft auf die Innenwelt auswirkt und „die Menschen ... wie Gespenster, von Schmutz bedeckt, weinend und taumelnd" (BILD, 12.09.01) zurücklässt.
Personalisierungen, Einzelschicksale bieten denn auch in den folgenden Tagen den Leserinnen umfangreiche Identifikationsmöglichkeiten. Zudem wird eine Verbindung zu Deutschlands Opfern und Deutschlands Verantwortung geschaffen: „270 Deutsche unter den Trümmern." „Terror-Pilot lebte von deutschem Stipendium". Darüber steht: „Auch deshalb müssen wir an der Seite der Amerikaner stehen." (BILD, 17.09.01)

Die Apokalypse

Das Metaphysische, der Grenzbegriff menschlicher Erfahrungsmöglichkeiten, das Übersinnliche scheint in Zusammenhang mit den Terroranschlägen von besonderer Bedeutung zu sein. „Die Kriegserklärung aus dem Dunkel" (BILD, 12.9.01), die zum „Inferno" führte, nimmt apokalyptische Ausmaße an: „ ... möchte in meiner Panik Zuflucht zu Gott suchen. Der Rauch ist groß, ich sehe ihn nicht mehr. Die Reiter der Apokalypse sind zu euch und unter uns gekommen. Der Teufel lacht, während wir weinen." (BILD, 12.9.01). Beschrieben wird ein Weltuntergangsszenario, gegen das es keine Hilfe gibt, in dem „das Böse" gewinnt. Apokalyptische Vorstellungen gibt es nun sowohl im christlichen Glauben

als auch im Islam. [2]
Peter Scholl-Latour beginnt in der BILD-Zeitung seine Ausführungen mit den Worten: „Als 'Koloss auf tönernen Füßen', so ist die Weltmacht USA plötzlich dem weltweiten Fernsehpublikum erschienen", und rekurriert damit auf den Traum des Königs Nebudkadnezzar im Buch Daniel. „... von dieser apokalyptisch anmutenden Horror-Tat", so spezifiziert Scholl-Latour die Zusammenhänge weiter, bis hin zu „Was so erschreckend ist an diesen geballten Vernichtungsschlägen des „Fünften Reiters" ist die Kombination von religiösem Fanatismus, der in Selbstaufopferung gipfelt, mit einer logistischen Infrastruktur, die man Orientalen normalerweise nicht zutraut."
Nach solchen Rassismen statuiert er dann weiter: „Es kann sich nur um eine Allianz todesbesessener Gotteskrieger einerseits und hochvermögender Finanziers andererseits handeln, die in den USA über ausreichende Infrastruktur und hochgeschultes Personal verfügen." Über die eigentlichen apokalyptischen Vorstellungen hinaus wird hier der „5. Reiter" beschrieben – ein Netzwerk von besessenen Gläubigen und 'dem Kapital'. (BILD, 12.9.01)
Die diffuse und nicht zu durchschauende Bedrohungssituation wird weiter zugespitzt: FBI und CIA haben versagt: „Die Kamikaze-Attentäter trafen nicht nur das Herz Amerikas, sondern zerstörten auch den Mythos CIA und FBI", während Osama bin Laden den Attentätern gratuliert (BILD, 13.9.01). Es verdichtet sich das symbolische Bild der Auflösung des schutzgebenden Innenraumes, eines geschlossenen Systems durch das Eindringen von Feinden. Die Abwehrmechanismen sind zerstört. Das apokalyptische Szenario, das in der BILD-Berichterstattung durchgängig zu finden ist, wird noch weiter entwikkelt und der symbolische Kreis – Körper (Amerika, „zivilisierte Welt" – Virenangriff (Bin Laden, Taliban, „das Böse") – Tod („ins Herz getroffen") findet seine Entsprechung auf der Realitätsebene: „Ungleich verheerendere Waffen sind längst entwickelt, Waffen der atomaren, chemischen und bakteriologischen Kriegsführung. Und auch auf sie wird das Böse eines Tages Zugriff haben (soweit es nicht schon Zugriff hat)." (BILD, 17.9.01).

Fazit

Die nach dem 11.9.01 eingenommene Diskursstrategie der BILD-Zeitung zielt auf eine weitere Eskalation der Verhältnisse an: von Terror zu Krieg, der sich BILD in vorauseilendem Gehorsam anschließt. Schnell soll auf den erwarteten militärischen Schlag der USA gegen vermeintliche Attentäter oder Afghanistan als deren Gastgeberland eingestimmt und dieser legitimiert werden. Dass es zunächst nicht dazu kam, führte dann an den nachfolgenden Tagen in gewisser Weise zu einer Rücknahme solcher Beteuerungen, die aber über apokalyptische Bilder und Darstellung von Einzelschicksalen in der Schwebe gehalten wurden. Zu einer erneuten Zuspitzung kam es, als sich unter Aspekten der Rechtsstaatlichkeit die Beweislage gegen die mutmaßlichen Attentäter verbesserte.
Die in der BILD-Zeitung immer wieder untermauerte Definition des Terrors als „Krieg" und die Beschwörung des „Wir und die Anderen" mit den daran anknüpfenden Handlungsaufforderungen bergen die Gefahr einer Polarisierung der Welt in sich, und machen Bestrebungen zunichte, die auf eine stärker von Miteinander, Gleichberechtigung und Demokratie geprägten Zukunft im Hinblick auf das Zusammenleben in der Welt zielen.

---

[1] Am 07.10.01 haben die USA mit Angriffen auf Afghanistan begonnen und bekannt gegeben, der Kampf gegen den Terror sei „in eine neue Phase getreten." (FR, 8.10.01, S. 1).

[2] Hinsichtlich der zitierten Textstellen soll hier auf den Bibeltext „Offenbarung an Johannes" hingewiesen werden, der die Apokalypse und die vier Apokalyptischen Reiter als Pest, Krieg, Hungersnot und Tod beschreibt, sowie auf das Buch Daniel des Alten Testaments und das Matthäus-Evangelium.

Bücher

Irmgard Pinn / Marlies Wehner
Europhantasien
Die islamische Frau aus westlicher Sicht

260 Seiten
• 15,50 (29,80 DM)
3-927388-49-1
1995

Das westliche Bild der Muslimin, wie es durch die Medien, durch Romane und Bücher mit wissenschaftlichem Anspruch vermittelt wird, basiert zu einem großen Teil auf Projektionen „abendländischer" Werte und Gefühle. Muslima gelten als unterdrückt, unselbständig, familienfixiert, ungebildet und rückständig. Das Buch zeigt Klischeebilder und deren Konstruktions- und Reproduktionsprinzipien auf, welche Funktion sie haben und wie solche Denk- und Handlungsblockaden überwunden werden können.
Irmgard Pinn und Marlies Wehner „bürsten erfrischend polemisch festgefahrene Meinungen und Interpretationsmuster gegen den Strich. Ihre Analyse ist längst fällig. Ein Gewinn." (taz)

Margret Jäger
Fatale Effekte
Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs

304 Seiten
• 16,50 (32 DM)
3-927388-52-1
1996

Neues Veröffentlichungsverzeichnis

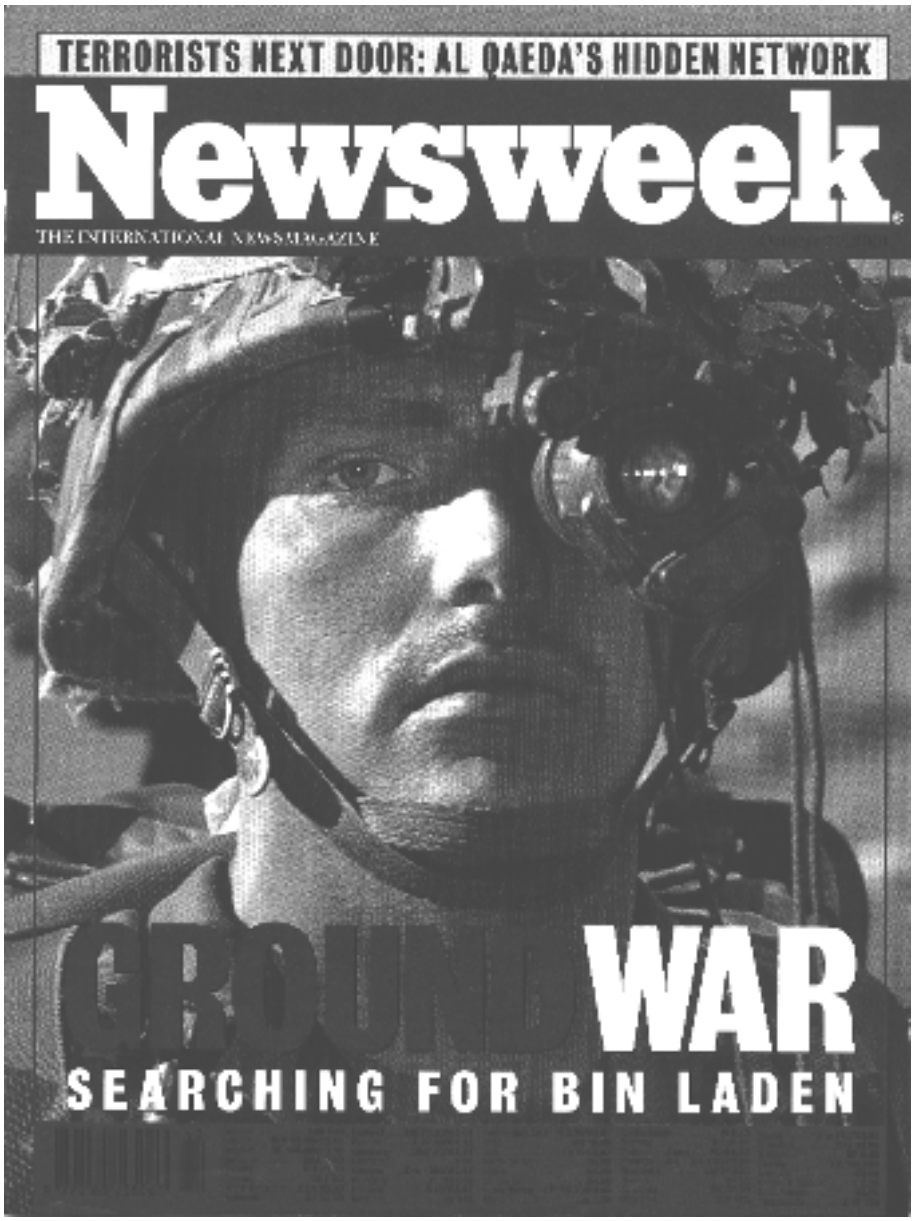
Seit September gibt es ein aktualisiertes Veröffentlichungsverzeichnis aller lieferbaren BÜCHER AUS DEM DISS. Es wird gerne an Interessierte weitergeleitet. Bitte fordern Sie den Prospekt an über DISS, Siegstr. 15, 47051 Duisburg, fon 0203-20249, fax 0203-287881 oder diss@uni-duisburg.de.

Der moderne Soldat

Von Hollywood nach Afghanistan

Von Frank Wichert

Klaus Theweleit betont, dass nicht der Krieg den faschistischen Soldaten erschaffen habe, sondern dass dieser Soldatentypus bereits „zu Beginn des Krieges 1914 in seinen wesentlichen Zügen vorhanden war“ (vgl. Theweleit 1995, Bd. 2, S. 344). Seine weitere Inkorporation erfolgte nach Kriegsende in den Jahren der ‚Weimarer Republik’; hier sah er den „Krieg-als-Frieden“ (vgl. ebd.). Insgesamt erscheinen ‚Kampf’ und ‚Kriegführen’ als Grundbestimmungen und -gesinnungen des ‚soldatischen Mannes’. Er entwickelt sich in ‚Stahlgewittern’ und findet dort seine Bestimmung und seinen Platz. Gewöhnt an den Anblick des ‚blutigen Breies’, - etwa dem seiner gefallenen Kameraden oder der getöteten ‚Feinde’, erscheint ihm eine zivile, bürgerliche Umgebung als fremdartig. Nicht nur, dass ‚Zivilisten’ bewusst als ‚Feiglinge’ wahrgenommen werden, die ‚Kriegserlebnisse’ bestimmen auch in Friedenszeiten die Wahrnehmung.
Dass Kriegserlebnisse ein Wiedereinkehren in eine zivil bürgerliche Gesellschaft erschweren, wenn nicht gar gänzlich verhindern, zeigt am Beispiel von Vietnamveteranen der Film „Die durch die Hölle gehen“ (1978). Krieg und Zivilleben erscheinen hier als unvereinbar, da sie als antagonistische Welten dargestellt werden. Nur scheinbar gelingt es einem der drei Veteranen, sich in der zivilen Welt zurechtzufinden. Ein weiterer leidet an seinen körperlichen Verletzungen und der Dritte führt den Krieg in Saigon weiter, indem er sein Auskommen durch Teilnahme am ‚Russisch Roulett’ bestreitet. Krieg ist Wahnsinn und macht wahnsinnig – entweder im Krieg: „Apocalypse Now“ (Coppola/1979) oder nach dem Krieg: „Die durch die Hölle gehen“, so suggerierte es Hollywood bis in die 80er Jahre. Innerhalb einer hierarchisch geordneten Befehlsstruktur, die mit einem fast unmenschlichen Drill Soldaten ausbildete, um sie auf den Krieg vorzubereiten, kam es immer wieder zu ‚Mutationen’. Entweder scheiterten einige der Rekruten bereits an der Ausbildung, oder die Kriegserlebnisse brachten sie um den Verstand, wie in Kubricks „Full Metall Jacket“ (1987). Nur allzu oft wurde ein Soldatenhaufen dargestellt, der dem militärischen Elitebewusstsein so gar nicht entsprach. Doch was wurde hier für ein Krieg dargestellt? Es war ein Krieg, in dem ‚Bodentruppen’ ‚versumpften’, ein Stellungskrieg ohne Vormarsch,



„Bemerkte Theweleit noch eine erstaunliche Nicht-Repräsentanz der Ehefrau in den Schriften jener Freicorpssoldaten, so spielt das private Leben in den Darstellungen moderner Soldaten sehr wohl eine Rolle. Nach dem Dienst ist der Soldat Ehemann und Geliebter, Vater und Hobbykoch.“

ungezieltes Flächenbombardement und sinnloses Töten.
Eine Perspektive bot sich in der Figur des John Rambo (Rambo Teil 1: 1982) an, der durch eine ‚harte Ausbildung', effektive Waffen, eine hohe Flexibilität und einem unbeirrbaren Willen seine Feinde besiegt (insbes. 2. & 3. Teil: 1985/87). Er stellt eine Übergangs- bzw. eine Vorform der modernen Kriegsführung dar. Eine Vorform, da er weitgehend auf sich gestellt war: ein Einzelkämpfer. Trotz seiner hervorragenden Eigenschaften gelingt es ihm nicht, ein Switchen zwischen Kriegs- und Zivilsituation zu meistern, auch er ist als Vietnamkämpfer ‚gebrochen' und fühlt sich ‚missbraucht'. Er verfügt nur über geringe ‚Kommunikationsfähigkeiten, er misstraut (staatlichen) Einrichtungen und erscheint kaum teamfähig. Und gerade die Beseitigung dieser Schwächen zeichnet den modernen Soldaten aus.

Wir alle sind Zivilisten und Soldaten

Neben den traditionell gebräuchlichen Bezeichnungen für Truppeneinheiten: Division, Kompanie, Zug etc. gewinnen Klein(st)einheiten und deren Bezeichnungen zunehmend an symbolischer Kraft. Das Team und/ oder das Kommando erscheinen als adäquate und zeitgemäße Organisationsformen, militärische aber auch zivile Interventionen durchzuführen. In aller Regel umgibt sie der Nimbus des Geheimen und Nicht-Öffentlichen, aber auch der Elite und der hochgradigen Spezialisiertheit. Ein protonormalistisches ‚ranking' innerhalb des Teams soll Einsatzbereitschaft und -fähigkeit jederzeit unter Beweis stellen. „Delta Force“- und „SEAL“-Einheiten der Amerikaner und britische „SAS“-Kommandos sind als ‚reale' Beispiele hierfür anzuführen. Als cineastische Vorlage lassen sich eine ganze Riege von Filmen nennen, die mit unterschiedlicher Gewichtung einen Helden des Kommandos oder das Kommando selbst stilisiert. Bereits 1977 wählte Richard Burton als ehemaliger General eine Truppe von Spezialisten aus, um einen wohlkalkulierten Söldnereinsatz durchzuführen („Die Wildgänse kommen“). Michel Dudikoff schlug sich allein oder mit Verbündeten durch möglichst realitätsnahe Krisengebiete, um Rache zu üben oder um Gerechtigkeit in die Köpfe seiner Gegner einzuschlagen (American Fighter I,II,IV 1985-1990, Soldier Boyz 1994). Am Rande – hin zum modernen Soldaten – bewegte sich Arnold Schwarzenegger im mittelamerikanischen Dschungel, um einen besonders grausamen Gegner zur Strecke zu bringen (Predator 1986). Solche Einheiten agieren zunehmend in ‚geheimer Mission', fernab von CNN und den Augen der Weltöffentlichkeit. Diese Team- oder Kommandoeinheiten erledigen professionell einen Job. Ihre Angriffs- und Vernichtungsziele werden klar definiert und ihre Erfolge oder Misserfolge mittels modernster Kommunikationsmöglichkeiten direkt übertragen. Dies soll zeigen, dass ein moderner Krieg kein Stellungskrieg ist und ein ‚Versumpfen' verhindert wird. Es ist jedoch kein Leben ausschließlich für den Beruf. Bemerkte Theweleit noch eine erstaunliche Nicht-Repräsentanz der Ehefrau in den Schriften jener Freicorpssoldaten, so spielt das private Leben in den Darstellungen moderner Soldaten sehr wohl eine Rolle. Nach dem Dienst ist der Soldat Ehemann und Geliebter, Vater und Hobbykoch. Sie ist aber auch Ehefrau und Geliebte, Mutter und Tierschützerin. Mit den modernen Darstellungen des militärischen Alltags hat sich eine selbstverständliche Form des weiblichen Soldaten durchgesetzt. Die Schauspielerin Meg Ryan verkörpert etwa in dem Golfkriegsdrama „Mut zur Wahrheit“ (1996) eine Gruppenführerin, die sich heldenhaft für ihre Kameraden einsetzt und bis zu ihrem Tode ‚durchhält'. Zweifel an ihrer Befähigung, psychologisch den Kriegssituationen standzuhalten, die im Film thematisiert werden, werden schlussendlich beseitigt. Wie in anderen amerikanischen TV-Serien der 90er Jahre wie etwa Pensacola – Flügel aus Stahl, J.A.G. Im Auftrag der Ehre soll der Effekt vermieden werden, dass sich die Soldatin/der Soldat zu einem ‚Frontschwein' entwickelt, das nur noch den Krieg als Heimat begreift. Vielmehr ist ein ‚Wandern zwischen den Welten' erwünscht. Das „A-Team“ und das „Team-Night-Rider“ zeigen, dass ehemalige Soldaten ebenso geeignet sind, gegen zivile Bösewichter vorzugehen, bzw. zweitere den Kampf eines allein agierenden Mann nun gruppenstark weiterführen. Ein moderner Soldat vermag es, situativ zu entscheiden, ob er oder sie Abendgarderobe, Jogginganzug oder die Uniform trägt. Falls unerwünschte Kriegserlebnisse zurückbleiben, die Nerven ‚blank' liegen, werden sie eingehüllt in die Betreuung eines Psychologen und / oder Priesters, aber dies kann Mensch auch bei jedem anderen Beruf passieren. Es bleibt jedoch abzuwarten, inwiefern sich die Ambivalenz ‚autonomes Subjekt' versus ‚Automat' auflöst. Noch ist der moderne Soldat ‚Charakter' und nicht ein weißer Kampfroboter der ‚imperialen Sturmtruppen', wie wir ihn aus „Krieg der Sterne“ (1977) kennen.

Zurück zu den Quellen aber zu welchen?

Von Jobst Paul

Michael Jäger schrieb kürzlich im Freitag (5.10.2001): „Da wird noch viel Ermittlungsarbeit zu leisten sein, die letztlich zurückführt auf den Satz von Karl Marx: „Für Deutschland ist die Kritik der Religion im wesentlichen beendigt." Spätestens seit dem 11. September ist klar: Dieser Kriminalfall muss neu aufgerollt werden." Er meinte sicher anderes, aber in der Tat sucht das bürgerliche Deutschland derzeit nach diskreditierenden „Stellen" im Koran.

In den frühen 50er Jahren ging es um „Stellen" aus dem Alten Testament - mit explizitem Sex. Da war ich wohl acht oder neun. Fälschung oder nicht - an den Häuserecken tauchten diese „Stellen" auf, die jemand getippt und (mit Kohlepapier) vervielfältigt hatte. Sie kursierten konspirativ auf der Straße und sorgten buchstäblich für 'Aufklärung' - vielleicht gegen die Absicht ihrer Urheber. Denn erst später ging mir auf, dass wir vermutlich alter NS-Propaganda (gegen „jüdische Verderbtheit") - nun ja - erlegen waren, die locker den Krieg überwintert hatte und von irgendeinem Nazi nun erneut lanciert wurde.

Die jetzige Suche nach - in ganz anderem Sinn - verfänglichen Koran-"Stellen" erinnert mich daran, zunächst weil die jungen Selbstmord-Attentäter von New York und Washington folgsame Söhne waren und weil der Gedanke schwer auszuhalten ist, dass der Tod von Tausenden mit dem Missbrauch von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu tun hat, die anhand irgendwelcher „Stellen" und martialischer Merksätze autoritaristisch abgerichtet wurden.

„Stellen" haben aber nichts mit Religion zu tun: Die fundamentalistische Initiation entzündet sich an mythischen Chiffren, um so heftiger, je reduzierter (und „mythischer") die gebotenen Schnipsel der Weltdeutung sind. Verschiedene Fundamentalismen mögen unterschiedliche Mythen haben, aber sie erzählen die eine Geschichte - die vom guten Ich und vom verderbten Anderen, insbesondere auch im Westen: Nach James W. Fowler verbleibt die Mehrheit der westlichen Erwachsenen lebenslang in der (hier meist:) christlich-fundamentalistischen Stufe des kindlichen Moralerwerbs ...

„Verschiedene Fundamentalismen mögen unterschiedliche Mythen haben, aber sie erzählen die eine Geschichte - die vom guten Ich und vom verderbten Anderen"

Das heiße Interesse an verfänglichen „Stellen" im Koran bestätigt m.E. dieses breite, nun eben christlich-fundamentalistische Selbstverständnis in unserer eigenen Gesellschaft: Auch dieser Diskurs begnügt sich mit wenigen transportablen „Stellen" und Merksätzen, und wieder fehlt es nicht an Vätern (und Müttern), die damit ihre Kinder instruieren und ihnen abverlangen, das Material auf Schulhöfe und an Häuserecken zu lancieren. Ein gerade unter Schülern kursierendes Blatt bietet zunächst einige wenige „Stellen" aus Koran-Suren „für den 'Heiligen Krieg' gegen alle Nicht-Moslime" (!), so etwa von „Sure 2, Vers 155", ergänzt um den hilfreichen Hinweis, dass schon diese Sure „vom Lohn der Selbstmordattentäter" spricht. Fazit: „Islam ist Konfrontation, erwartet unerbittlich Ja oder Nein, wie der Name Islam (arabisch für „Unterwerfung") bereits sagt."

Dem wird das Christentum als Friedensreligion gegenübergestellt und gegen Einwände verteidigt. Fazit hier: „Vom christlichen Standpunkt jedoch kann ein Krieg niemals „heilig" sein." Schön, nur scheint nach Auskunft des Flugblatts der christliche Gott nicht identisch mit dem 'moslimischen' zu sein, weshalb sich die Überraschung in Grenzen hält, wenn das Flugblatt mit einer zutiefst pazifistischen Botschaft endet: „Ein Kämpfen mit menschlichen Waffen gegen weltliche Feinde lehnte Jesus und mit ihm die erste Christenheit ab." Von diesem Pazifismus weiß der Leser hier aber schon, dass er ohne archaische Feindbilder nicht zu haben ist, deren „weltliche" Verfolgung man dann allerdings anderen überlässt ...

Aber es wäre eine Verkürzung, islamistischen und christlichen Fundamentalismus einfach nur gleichzusetzen. Ein deutscher Islam-Experte konstatierte am 9. Oktober 2001 in der ARD trocken, der islamistische Fundamentalismus kopiere westlich-totalitäre und nazistische Vorbilder. Dies lenkt den Blick auf die Vorbilder: Gerade in den USA sind die Übergänge fließend zwischen Neonazismus und christlich-mythischem Fundamentalismus. Diesem Millieu entstammte Timothy McVeigh; und die These, die US-Zentralregierung sei der Sitz des Teufels (sprich: des 'Weltjudentums'), eint nicht nur Christian Identity mit Horst Mahler, sondern auch mit Osama bin Laden.

Aber dies spicht nun wiederum nicht für den „Kriminalfall" Christentum. Für William Nicholls (Christian Antisemitism, A History of Hate) oder Charles W. Mills (The Racial Contract) waren die letzten 2000 Jahre Weltgeschichte keine Beute des Christentums, sondern des christlichen Fundamentalismus (wobei Nicholls allerdings meint, ihm sei noch kein nicht-fundamentalistisches Christentum begegnet). Theologie

oder Religionskritik helfen bei der „Ermittlungsarbeit“ also nicht wirklich weiter: Fundamentalismus hält es mit „Stellen“ und deren Impuls-Moral.

Ralf Balke stellte daher am 4. November 2000 (in der taz) einen der prominenten, christlich-fundamentalistischen Stoffe vor: Es ist die Story von den „zehn verlorenen Stämmen Israels“, dem Gründungsmythos des britisch-amerikanischen „Israelismus“, für den seit Jahrhunderten versprengte Bibelstellen herhalten. Einer seiner Höhepunkt war die (bis in die britische Kolonial-Politik wirksame) These, die Briten - und Queen Victoria - stammten aus dem Hause David und seien daher die „echten“ Juden. Das wuchs sich in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts gar zur „nordischen“ und schließlich „arischen“ Variante der Erwählungstheorie aus, die prominente Anhänger hatte, darunter Henry Ford ...

Markus Brauck schob am 21. September 2001 (in der FR) das Filetstück des christlichen Fundamentalismus nach: die aus der Johannes-Offenbarung gestrickte Sagenwelt des christlichen Chiliasmus. Die Inspiration dieses Stoffs reichte von Cromwell und den „Fifth Monarchy Men“ bis zu Goebbels, sie reicht - wie Brauck anmerkt - in manche amerikanische Präsidentschaft, oder sie dient - wie Thomas Grumke (Rechtsextremismus in den USA) und Michael Barkun (Religion and the Racist Right) dokumentieren - als Steinbruch für die Weltvernichtungstheorien der fundamentalistischen Internationale.

Deren Macht entsteht auch heute daraus, dass ihre Mythen als Spezial-Diskurs codiert sind, der gleichwohl hegemonial wirkt. Zu dieser Macht verhilft ihm allerdings auch der öffentliche Diskurs, der vor dem „Unsäglichen“ fest die Augen verschließt. Der Kriminalfall, der endlich öffentlich aufgerollt werden muss, ist daher der des westlichen, christlichen Fundamentalismus.

Putin in Berlin

Von Edzard Obendiek

Wladimir Putin war in Berlin und hat eine Rede mit erstaunlichen Wirkungen vor dem Bundestag gehalten. Der kleine drahtige, ungelenk erscheinende Mann legte los in einem Deutsch, das flüssig und sicher war, und wie er mit dieser oder jener Floskel auf das Publikum reagierte, das gefiel. Auch das, was er sagte, ließ die Zuhörer aufhorchen. Mit Anspielungen auf Geschichte und Kultur beider Länder beschwor er eine neue Phase der deutsch-russischen Partnerschaft. Die Abgeordneten – und viele Bundesbürger mit ihnen – waren überrascht und geradezu begeistert von diesem neuen Gorbi. Durch ihn sehen sie Russland in einem neuen fortschrittlichen Licht, jenseits der Klischees von Mafia und Korruption. Ich fand das grossartig. Das ist genau, was ich mir nach meinen Russlandreisen immer gewünscht, wofür ich mich eingesetzt habe: die vielfältige Wirklichkeit dieses ideenreichen Landes zu vermitteln.

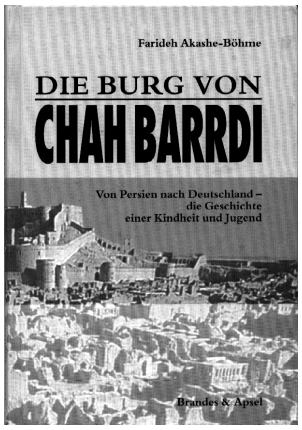
Dennoch muss man bei diesem Anwalt seines Landes genauer hinhören. Was viele nicht sehen, sind ein paar Haare in der Suppe. Hier spricht ein Mann, wie er sagt, „in der Sprache Kants und Goethes“, der, durch den zweiten Tschetschenienkrieg ins Amt gekommen, als erstes versprach, er werde „die Feinde in der Toilette ersäufen“, der auch in dieser Rede wieder das blutige Abenteuer im Kaukasus mit den Terroranschlägen auf Wohnblocks begründet, deren Täter bis heute unbekannt sind. (Wenn man in dieser Sache von Spuren redet, muss man auch die erwähnen, die zum Geheimdienst FSB führen). Dieser Mann, der den starken „vertikalen“ Staat propagiert, um Korruption zu bekämpfen, meint dazu gehöre auch die Kontrolle über die Presse. In seiner Rede rühmt er sein Wirtschaftssystem als besonders „liberal“; weil alle mit einem Steuersatz von nur 13% belegt werden (der „neurussische“ Magnat ebenso wie der Lehrer oder Kioskbetreiber!). Da gab es Lacher bei Herrn Eichel und vielen Abgeordneten. Ich denke, das ist nicht lustig. Wenn so die Superreichen ungeschoren bleiben, erscheinen die Finanzhilfen, die auch von diesem Bundestag abgesegnet werden, in seltsamem Licht. Putin geht wie erwartet auf den Krieg in Tschetschenien ein und möchte ihn als Teil des weltweiten Kampfes gegen Terror verstanden wissen. Das ist gute alte russische Tradition. Immer wieder hört man von russischen Historikern, dass jahrhundertelang ihr Land Europa als Knautschzone gegenüber dem Ansturm aus dem Orient hat dienen müssen, und dass Europa ihm nie gedankt hat. Putin erwähnt nicht das Öl um das es geht, sondern spricht von dem Plan der Verschwörer, einen islamischen Staat zwischen Kaspischem und Schwarzen Meer zu errichten. Das ist nach meinem Eindruck während der Lehrtätigkeit in diesem Sommer in Naltschik, 130 km Luftlinie von der tschetschenischen Grenze entfernt, eine fantastische und für die Wirtschaft der Region absolut fatale Behauptung. Die Wahrheit verrät sich mit einem einzigen Wort, das Putin vor dem Bundestag (und sein Außenminister Iwanow vor der UNO) in die Liste der Verbrechen der Terroristen eingeschmuggelt hat: „Separatismus“. Soll die weitweite Antiterrorfront jetzt auch alle bestehenden Staatsgebilde in ihrem Bestand und ihren Grenzverläufen schützen? Was hat das mit den Sorgen der Menschheit vor Wahnsinnigen zu tun? Aber es ist damit zu rechnen, dass die stillschweigende semantische Ausdehnung des Begriffs „Terrorist“ auf Menschen, die ihre Unabhängigkeit wollen, zum probaten Mittel der Herrschenden wird.

Noch einmal: Ich finde es hochwillkommen, dass Putin ein positives neues Russlandbild vermittelt hat. Dies gilt es zu vertiefen, aber auch zu differenzieren. In diesen Zeiten ist Russland ein spannendes Land, voller Probleme, aber auch Überlebenskraft und Entwicklungs-chancen. Das enthebt uns nicht der Aufgabe, Stimmen von dort kritisch zu hören.

Kathrin Braun
Menschenwürde und Biomedizin
Zum philosophischen Diskurs der Bioethik
Campus Forschung
Band 802
Frankfurt / Main 2000
309 Seiten, DM 68,-
ISBN 3- 593-36503 -0

1) Welchen Anfechtungen ist die Idee der Menschenrechte in der Medizin und Biologie ausgesetzt?
2) Anhand welchen normativen Maßstabs lassen sich diese Anfechtungen kritisieren?
3) Schützen die Bioethik-Konvention und die UNESCO-Deklaration zum menschlichen Genom die Menschenrechte gegenüber diesen Anfechtungen?

Diesen Fragen geht Kathrin Braun in ihrer Analyse bioethischer Diskurse nach. In Anknüpfung an die Diskurstheorie Michel Foucaults diskutiert sie zunächst die Dissoziation von Mensch und Person in den wichtigsten theoretischen Ansätzen der Bioethik u.a. bei Peter Singer. Dann setzt sie sich kritisch mit Ronald Dworkins Konzept liberaler Lebensbewertung auseinander. Schließlich analysiert sie die beiden internationalen Instrumente zum Schutz von Menschenrechten: die Bioethik-Konvention und die UNESCO-Deklaration zum menschlichen Genom. Als normativen Maßstab legt sie dabei Kants Begriff der Menschenwürde zugrunde. Braun konstatiert, daß diese bioethischen Grundlagendiskurse und die vermeintlichen Menschenschutzinstrumente das Konzept der Menschenrechte zugunsten einer biomedizinischen Bewirtschaftung des Menschen auflösen. Auf der Basis des Instrumentalisierungsverbots arbeitet sie eine machtkritische Argumentationsgrundlage gegen eine bioethisch legitimierte Einteilung von Menschen in verschiedene Wertekategorien aus. Die von Kathrin Braun in ihrem Forschungsansatz entwickelte Verknüpfung der politischen Theorie Foucaults mit der kantischen Kategorie der Menschenwürde ist innovativ und lohnenswert. Für die Opposition gegen die bioethische und biomedizinische Instrumentalisierung des Menschen ist dies ein unentbehrliches Buch!
D.O.



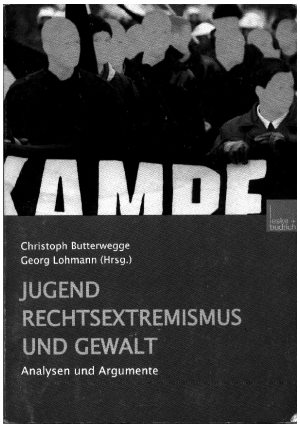
Farideh Akashe-Böhme
Die Burg von Char Barrdi. Von Persien nach Deutschland – die Geschichte einer Kindheit und Jugend
Frankfurt a.M. 2000, Verlag Brandes und Apsel GmbH,
164 Seiten,
ISBN 3-86099-193-0

Akashe-Böhme legt mit dieser Erzählung einen sehr subjektiven, biografischen Bericht vor, der in ihre Kindheit in Persien zurückreicht und in ihrem „Exil" Deutschland endet (159).
Im Dorf Char Barrdi aufgewachsen, erlebt sie ihre erste Schulzeit in der Familie ihrer älteren Schwester. Mit 12 Jahren widersetzt sie sich einer vom Vater arrangierten Verlobung. Erst als sie das Versprechen erhält, weiter zur Schule gehen zu können, willigt sie in eine andere Verlobung ein. Ihr Ehemann, der bereits in Deutschland lebt, holt sie ebenfalls nach Darmstadt, wo sie eine ambivalente Entwicklung erlebt: Auf der einen Seite ist sie mit einem Perser verheiratet, der sie missachtet und misshandelt; auf der anderen Seite gerät sie in die deutsche Studentenbewegung der späten 60er Jahre und beteiligt sich aktiv an verschiedenen Protestaktionen (u.a. auch gegen das Schah-Regime, gegen den Vietnam-Krieg etc.). Ihre Erfahrungen mit Deutschen, die man als rassistisch bezeichnen würde, beurteilt sie neutraler: „Ausländer wurden mit Neugierde betrachtet." (123)
Ihre erste Ehe scheitert; und sie schafft es, ihr Studium der Germanistik, später Soziologie zu finanzieren. Ihre Familie, die weiterhin in Persien lebt, bricht nach der Scheidung zunächst den Kontakt zu ihr ab, der erst Mitte der 70er wieder zustande kommt.
Ihr Misstrauen gegen das neue iranische Regime hält sie davon ab, zu ihrer Familie zurück zu kehren. Ihr „Exil" Deutschland „...sollte...ein Exil auf Dauer sein" (159).
Der Bericht zeigt chronologisch – unterbrochen von eigenen Interpretationen die Unterschiedlichkeit verschiedener Lebensbereiche im sogenannten Orient und Okzident. Auf deutsche Leserinnen können allerdings Wertungen der „orientalischen" Lebensweise, die z.T. archaisch erscheinen, negative Effekte erzielen.
Die Sichtweise auf die unterschiedlichen Lebensverhältnisse, die sich ständig gegeneinander setzt, ist aus einer eurozentrierten Perspektive geschrieben, die das gesellschaftliche Leben im Iran, besonders für Frauen, als rückständig begreift. Dabei werden gesellschaftliche Benachteiligungen von Frauen im Okzident in den Hintergrund gerückt.
G.C.

Rudolf Leiprecht
Alltagsrassismus. Eine Untersuchung bei Jugendlichen in Deutschland und den Niederlanden
Waxmann, Münster/New York
2001, 472 Seiten, 68 DM
ISBN 3-89325-620-2

„Wie beziehen sich Jugendliche auf Soziale Repräsentationen, Diskurse und Ideologien, die mit rassistischen, nationalistischen und ethnizistischen, aber auch mit sexistischen Bedeutungsmustern zu tun haben? Wie gehen sie damit um und welche Effekte hat dies?" Das ist die Ausgangsfrage dieser umfangreichen empirischen Untersuchung des Rassismusforschers Rudi Leiprecht. Es geht um einen Vergleich Deutschland – Niederlande, bei dem die Besonderheiten der jeweiligen Gesellschaften erfasst werden können. Nach einer Theorie- und Methodendiskussion (Bereitstellung der „Denkwerkzeuge") und einer gründlichen Beschäftigung mit dem Forschungsstand, wird im das gewonnene Datenmaterial dargestellt, analysiert und im Kontext anderer Untersuchungen diskutiert, und es werden allgemeine Tendenzen in beiden Ländern herausgearbeitet. Es folgt eine Darstellung der niederländischen Situation, bei der auch ein Vergleich mit dem Mediendiskurs der Einwanderung vorgenommen wird. Die Arbeit, die im Zusam-

menhang des Projekts „Internationales Lernen“ steht, aus dem seit 1991 eine Fülle höchst interessanter und auch pädagogisch relevanter Untersuchungen hervorgegangen ist, kommt zu interessanten Ergebnissen, die hier nicht im einzelnen dargestellt werden können. Spannend dürfte sein – als allgemeine Ländertendenz - , daß die Jugendlichen aus Deutschland ein stärker ´eindimensional-national´ und ein weniger ´multiperspektivisch´ orientiertes Antwortverhalten als die Jugendlichen aus den Niederlanden zeigten. Aus der Perspektive des DISS erfreulich ist die Tatsache, daß sich die Kritische Diskursanalyse auch für diese Untersuchung als offensichtlich sehr brauchbar erwiesen hat. Insgesamt ein sehr lesenswertes Buch, für dessen Lektüre man sich f Zeit nehmen sollte.
S.J.



Christoph Butterwege / Georg Lohmann (Hg.)
Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente
Opladen 2000, Verlag Leske und Budrich, 304 Seiten, ISBN 3-8100-2976-9

In diesem Band setzen sich Pädagoginnen, Sozialwissenschaftlerinnen, Juristen, Journalisten, Lehrerinnen und andere aus unterschiedlichen Perspektiven mit dem Problem des Rechtsextremismus auseinander. Dabei wird allenthalben betont, dass es sich nicht um ein Problem handelt, das ausschließlich Jugendliche betrifft (Butterwegge, 13). In vier verschiedenen Kapiteln (Hintergründe und wissenschaftliche Erklärungen; politisches und gesellschaftliches Problem; Schule und Unterricht; Jugendarbeit und Weiterbildung) werden sowohl Analysen vorgestellt wie auch Handlungsangebote an Multiplikatorinnen gemacht, die in verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen arbeiten. So stellt z.B. Susanne Utvolden, Abteilungsleiterin im Jugendamt Magdeburg, in ihrem Beitrag “Rechtsradikale Jugendliche – nur ein Problem der Jugend?” anhand eines Modells von vier Erfahrungsebenen (Freiheit, Toleranz, Partizipation, Transparenz) dar, welche Werte v.a. von LehrerInnen vermittelt werden müssten, um rechtsextremen Haltungen demokratische Prinzipien entgegen zu halten. Denn: “Nur durch die Wahrnehmung der Verantwortung, die jeder Einzelne als kleinster Teil der Gesellschaft hat, wird es Veränderungen geben.“ (116)
Die vorgelegten Analysen und Ratschläge sind für die Herausgeber keine “Patentrezepte” (10); sie sind jedoch geeignet, um die Diskussion um Rechtsextremismus, Jugend, Gewalt und Gegenmaßnahmen zu erweitern. Die Vielfalt der Beiträge zeigt nicht zuletzt auch die Vielfalt möglicher Handlungsoptionen. Deshalb ist dieses Buch jeder/m zu empfehlen, die/der sich mit dem Problem Rechtsextremismus auseinandersetzt und in Bereichen wie Bildung, Jugendarbeit u.ä. tätig ist.
G.C.

Dirk Scholten
Sprachverbreitungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands
Peter Lang, Frankfurt/M. 2000, 445 Seiten, 128.- DM

Im Detail sieht manches, was als herrschende Lehre gilt, meistens anders aus. Die Vorstellung, daß die deutsche Sprachverbreitungspolitik (SVP) der Nationalsozialisten allein darauf aus war, „rassisch“ guten Menschen auch die deutsche Sprache zu gewähren, diese aber „minderwertigen“ vorzuenthalten, ist so ein Teil einer herrschenden Lehre, die in der Dissertation von Dirk Scholten auf differenzierte Wiese widerlegt werden konnte. Scholten beschreibt auf der Grundlage akribischer Archivrecherchen die SVP der Nazis in Luxemburg, Tschechien und Slowakei, Ungarn, Estland, Lettland, Litauen und Weißrußland sowie in Rußland und der Ukraine. Er nennt die Institutionen der SVP, skizziert jeweils den politischen Rahmen in den betreffenden Ländern, bezieht sich besonders auf deutsche Minderheiten, unterscheidet zwischen offen deklarierten und verdeckten SVPs und analysiert die sprachverbreitungspolitischen Maßnahmen, die ergriffen wurden. Er zeigt auf, wie die Verbreitung politisch instrumentalisiert worden ist: außenpolitisch, propagandistisch und ideologisch. Liest man dieses wichtige Buch auf dem Hintergrund der Bemühungen der deutschen Sprachwissenschaft im Nazideutschland, wie sie etwa durch den Tübinger Linguisten Gerd Simon u.a. herausgearbeitet worden sind, und betrachtet man dazu die Entwicklung der germanistischen Sprachwissenschaften bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts und darüber hinaus, erhält man vielleicht eine erste Ahnung davon, weshalb diese – zumindest in weiten Teilen – ein derart kümmerliches Bild abgibt. Entweder ist man über Leo Weisgerbers völkische Sprachbetrachtung nicht hinausgekommen oder man verharrt in einem trockenen Strukturalismus, der sich scheut, das zur Kenntnis zu nehmen, was der Diskurs transportiert: jeweils gültiges Wissen.
S.J.

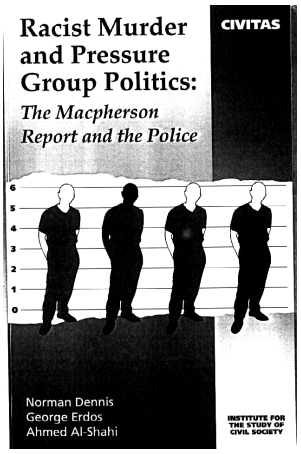
Benedict Föger/Klaus Taschwer
Die andere Seite des Spiegels. Konrad Lorenz und der Nationalsozialismus
Czernin-Verlag Wien, 254 Seiten, 45,90 DM

Seine Bücher stehen in fast allen deutschen Haushalten. Er ist Nobelpreisträger. Er leugnete, besondere Affinitäten zum Nationalsozialismus gehabt zu haben. In dem neuen Buch von Föger/ Taschwer wird dagegen klar belegt, daß Konrad Lorenz

ein glühender Verehrer der Nazis war und ihnen eine Rechtfertigung für das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ lieferte. Dieses Gesetz war die Grundlage für „das >Ausmerzen< - zunächst von Behinderten und >Asozialen<, bald aber auch von Juden, Sinti, Roma, Homosexuellen und politischen Gegnern“, wie die Autoren schreiben. Nach Sichtung neuerer Quellen belegen Föger und Taschwer, wie sehr Lorenz den Nazis verbunden war. Zum Anschluß Österreichs schrieb er in einem Brief: „Wir jubeln alle wie kleine Kinder.“ Und: „Wir Österreicher sind die aufrichtigsten und überzeugtesten Nationalsozialisten überhaupt.“ In seinem Antrag zur Aufnahme in die NSDAP vom 28.6.1938 etwa beteuerte er: „Ich war als Deutschdenkender und Naturwissenschaftler selbstverständlich immer Nationalsozialist.“ Seine „ganze wissenschaftliche Lebensarbeit“ stehe „im Dienste nationalsozialistischen Denkens.“ Doch das waren nicht nur Lippenbekenntnisse. Er war an einem Projekt beteiligt, das das Ziel verfolgte, Charakter und völkische Blutanteile in Beziehung zu setzen. Kein Wunder, daß er mit solchen Erkenntnissen zum Kronzeugen rechtsextremer Schreiberlinge avancierte – bis heute. Bekannt ist seit langem, daß er seine „Erkenntnisse“, die er bei Tierversuchen gewonnen hatte, ohne weiteres auf den Menschen übertrug. Die Verhaltensforscherin Hanna-Maria Zippelius wies zudem nach, daß bereits die Tierversuche eher von völkischem Grunddenken gesteuert waren als von wissenschaftlicher Redlichkeit. (Die vermessene Theorie. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Instinktteorie von Konrad Lorenz und verhaltenskundlicher Forschungspraxis, Wiesbaden 1992)

Meine Leseempfehlung lautet: Alle, die ein Buch von Konrad Lorenz im Regal stehen haben, sollten den Text von Föger/Taschwer danebenstellen. Dadurch erhielte dieses wichtige Buch eine Auflage von vielen Millionen.

S.J.



Norman Dennis, George Erdos, Ahmed Al-Shahi
Racist Murder and Pressure Group Politics: The Macpherson Report and the Police
Institute for the Study of Civil Society, 2000, 178 S.

Mit diesem Buch reagieren die Autoren, die sich in verschiedenen Publikationen mit dem Race-Class-Gender-Problem - auch in Zusammenhang mit der Problematik wachsender Kriminalität in der britischen Gesellschaft - beschäftigen, auf den sog. Macpherson-Report, eine weiträumig angelegte, von der Labour-Regierung auf Drängen der Eltern des Opfers in Gang gebrachte Studie zum Tod des schwarzen Teenagers Stephen Lawrence 1993. Der Report legt das Vorhandensein eines „institutionellen Rassismus“ - eines Rassismus, der Gesetzen, Verordnungen und institutionellen Praktiken inhärent ist und dem sich die Vertreter der Institutionen nicht bewusst sind oder dem sie aufgrund des allgemeinen Umgangs damit unkritisch gegenüber stehen - in der britischen Gesellschaft offen und fordert umfangreiche Programme, dem entgegenzuwirken.

Das vorliegende Buch enthält eine vernichtende Kritik der Methoden und Schlussfolgerungen der Stephen-Lawrence-Untersuchung, die zu dem Report führte, und vergleicht diese mit den Stalinistischen Schauprozessen der 30er Jahre. Die Schlussfolgerungen werden – leserbeeinflussend - schon in der Einleitung dargestellt, danach erst folgt eine sehr ausführliche Analyse. Beschrieben wird ein Anstieg der Kriminalitätsrate nach der Untersuchung; das Grund-Problem wird als Teufelskreis dargestellt: „Die Infragestellung, dass es sich bei dem Mord an Stephen Lawrence um ein rassistisches Verbrechen gehandelt hat, erbrachte bereits den Beweis für das Vorliegen von Rassismus.“ Die Autoren stellen den Zusammenschluss einer destabilisierten Linken dar, die versucht, nach dem Zerfall ihrer Ideologie, sich nun unter dem Stichwort „Anti-Rassismus“ neu zu formieren. Den Macpherson-Report sehen sie als erste Frucht dieser Bestrebungen, „Pressure Group Politics“. Die Analyse bleibt verhaftet in der Ablehnung, verstehen zu wollen, was das Konzept des „institutionellen Rassismus“ bedeutet. Immer wieder wird herausgestellt, dass die Untersuchung keinem Ermittler Rassismus nachweisen konnte und somit die vorgelagerte Ebene der Bedeutung „institutioneller Rassismus“ übersprungen. Die Autoren sehen den Tod von Stephen Lawrence, den sie der schwarzen Mittelklasse zuordnen, bedingt durch die britische Politik der letzten 40 Jahre und stellen die „Class“-Komponente des Falls in den Vordergrund: Die Mörder, hervorgebracht durch eine marode Sozialpolitik, handelten aus der Situation sozialer Benachteiligung und spielen somit ironischerweise einer Politik zu, die weiter zu ihrer sozialen Benachteiligung führt. Sprachlich und argumentativ auf hohem Niveau wird hier die engagierte Arbeit, Rassismus entgegenzuwirken, zunichte gemacht und als „zur Zeit modern in politisch militanten Kreisen“ abgetan. Inhaltlich verwerflich wird die Problematik heutiger multikultureller Gesellschaften verkannt und Integration als abgeschlossener Prozess den Schlussfolgerungen vorausgesetzt.

I.B.

Bücher

Jobst Paul
«Erinnerung» als Kompetenz Zum didaktischen Umgang mit Rassismus, Antisemitismus und Ausgrenzung
110 Seiten, • 9,80 (19 DM)
3-927388-70-X 1999

Bis heute liegt in den Geistes- und Humanwissenschaften kein Konzept vor, mit dem Ausgrenzung, Stigmatisierung und Rassismus und ihre kulturellen Voraussetzungen erklärt und in kritisches Wissen umgesetzt werden können. Die vorliegende Studie entwickelt eine curriculare Skizze, die den Bedingungen der wissenschaftlichen Validität, der didaktischen Einfachheit und der kognitiven Plausibilität gerecht wird. Die Skizze kann von der Sekundarstufe 1 bis zur gymnasialen Oberstufe sowie in der Ausbildung schrittweise oder in Teilen realisiert werden und soll der universitären Diskussion als Vorlage dienen.

Michel Foucault. Zwischenbilanz einer Rezeption

Ein Konferenzbericht von Martin Krol

In Kooperation mit dem Suhrkamp-Verlag und dem hauseigenen Institut für Philosophie lud das Institut für Sozialforschung (IfS) vom 27. bis 29.9.01 in die Hörsäle der Universität Frankfurt am Main ein, um sich disziplinübergreifend über die aktuelle Relevanz des Werkes von Michel Foucault auszutauschen. Es sollte eine ‚Zwischenbilanz' der Foucault-Rezeption gezogen werden und dazu hatte man sich renommierte Referentinnen und Referenten eingeladen – und die eingeladenen Vortragenden waren es schließlich auch, die für Wirbel und Diskussionsanregungen sorgten.

Der Eröffnungsvortrag war dem Leiter des IfS Axel Honneth vorbehalten. Dem Habermas-Schüler zufolge eröffne Foucault dem Leser ein zwischen ‚Spezifizität' und ‚Marginalität' (Gary Gutting) zerklüftetes, disharmonisches und diskontinuierlich aufgebautes Werk, das sich jedem direkten, gradlinigen Interpretationsversuch entziehen müsse. In dem, was Honneth schließlich die ‚materialistische Transformation der Spätphilosophie Wittgensteins' nennt, liege der theoretische Ertrag von Foucaults Schaffen.

Direkt im Anschluss hingegen bescheinigte der Althistoriker Paul Veyne (Paris) seinem verstorbenen Freund Foucault, einen provokanten Aspekt in den Vordergrund gerückt zu haben: Der Mensch könne allenfalls den Begriff ‚Wahrheit' bilden, nicht jedoch diese Wahrheit selbst finden. Entsprechend dürfe der „menschliche Bildungsroman (...) auf kein Happyend mehr hoffen."

Am zweiten und dritten Tag fanden morgens Workshops zu Themen statt, wie etwa ‚Subjektivierung als Kontrollstrategie', ‚Genealogie als Kritik' oder ‚Foucault und die Geschichtswissenschaft'. Die Nachmittage waren Vorträgen und Kommentaren in Plenarveranstaltungen gewidmet.

Hier machte Nancy Fraser (New York) zum Thema ‚Analytik der Politik' den Vorschlag, Foucault als den Theoretiker des Fordismus zu historisieren, da seine Antworten auf Phänomene wie die Globalisierung oder die Deregulierung im aktuellen Postfordismus nicht mehr zureichend seien. Dies wurde von Thomas Lemke (Wuppertal) und Cornelia Vismann (Frankfurt/O) allerdings bestimmt und pointiert zurückgewiesen: Die Rezeption von Foucaults umfassendem Begriff der Regierung, wie dies etwa seit zehn Jahren durch die gouvernemental studies geschehe, zeige die uneingeschränkte Bedeutung des Franzosen für die Rettung von Kritikoptionen, so Lemke. Ins gleiche Horn stieß auch Judith Butler (Berkley), die einige Aspekte des Verhältnisses von Macht und Körper in Foucaults Werk aufzeigte. Foucaults Forderung neue Subjektivitäten hervorzubringen, könne nur eingelöst werden, wenn die kompliziert zu denkende temporäre Symbiose von Macht und Körper nachvollzogen würde: Macht wirke durch den Körper, sei diesem jedoch wesensmäßig äußerlich – demnach wirke Macht auf den Körper und reproduziere diesen gleichzeitig. In der letzten Plenarveranstaltung zum Thema ‚Ästhetik der Existenz' stellte Richard Shusterman (Philadelphia) seine eigene Lesart bezüglich Foucauts Ethik der Selbstsorge vor, indem er Grundzüge einer Somästhetik vorstellte. Dies wurde von Christoph Menke (Potsdam) und Heidrun Hesse (Tübingen) eher bezweifelt.

Nach drei Tagen, die erfüllt waren von der vielfach kontroversen Diskussion um die aktuelle Bedeutung des Foucaultschen Werkes, konnte der Eindruck entstehen, dass sich in Frankfurt/M im Wesentlichen zwei Gruppen gegenüber standen: Zum einen diejenigen, die Foucaults Bedeutung auf eine historische Größe reduzieren wollen. Tatsächliche Interventionsmöglichkeiten im zeitgenössischen disziplinübergreifenden, wissenschaftlichen Theoriediskurs sprechen sie Foucault ab. Zum anderen die Gruppe derer, die durch ihre Vorträge und Studien den Beweis anzutreten suchten, dass Foucault „Antworten suchte, für die wir erst heute Fragen finden." (Lemke).

Siegfried Jäger
Kritische Diskursanalyse
Eine Einführung

3. Auflage
404 Seiten
€ 23 (42 DM)
3-927388-40-8
2001

Kritische Diskursanalyse, inspiriert von den Schriften Michel Foucaults und orientiert an kultur- und literaturwissenschaftlichen Analyse- und Interpretationsverfahren, erfreut sich zunehmender Beliebtheit in allen Disziplinen, die mit Texten zu tun haben. Die vorgelegte 3. Auflage stellt eine erheblich erweiterte und überarbeitete Fassung der ersten Ausgabe von 1993 dar. Insbesondere die vielfache empirische Erprobung dieses Konzepts in Projekten des DISS und an anderer Stelle war die Grundlage für die intensive Überarbeitung dieses Lehrbuches.

Wulf D. Hund (Hg.)
Zigeunerbilder
Schnittmuster rassistischer Ideologie

138 Seiten
• 9,20 (18 DM)
3-927388-74-2
2000

Sinti und Roma werden in Deutschland besonders stark ausgegrenzt und abgelehnt. Als Hintergrund dafür kann ein jahrhundertealtes Stereotyp gelten, dessen zentrale Elemente bis heute fortgeschrieben werden. In der Sprache des alltäglichen Rassismus lassen sie sich mit drei Adjektiven bündeln: Zigeuner sind fremd, faul und frei. Diese Vorurteile treten vielfach in Gestalt eines romantischen Rassismus auf. Gleichwohl transportieren sie einen ideologischen Zusammenhang, denn sie unterstellen der Figur des Zigeuners ethnische, soziale und romantische Eigenschaften.

Politische Interventionen

Medien-Diskursanalyse als präventives Instrument des Konfliktmanagements in Katalonien

Von Xavier Giró*

Vom 23. Juni 2001 bis zum 26. Juni 2001 sollte in Barcelona ein internationales Gipfeltreffen der Weltbank stattfinden: Im Hinblick auf die zu erwartenden Proteste von Globalisierungsgegnern wurde eine wissenschaftliche Einrichtung ins Leben gerufen, das "Observatorium" (Observatori de la Cobertura Mediàtica de Conflictes), welches sich zum Ziel gesetzt hatte, die Medienberichterstattung im Hinblick auf den Gipfel und die zu erwartenden Proteste zu sammeln, zu sichten, zu analysieren und sich aus einer kritischen Distanz in die entstehenden Konflikte mit konstruktiven Verbesserungsvorschlägen einzuschalten. Dabei sollte vor allem ein Diskussionsforum gebildet werden, welches dazu beitragen sollte, das Bewusstsein der Berichterstatter für einseitige und konfliktverschärfende Medienberichterstattung zu schärfen. Das Observatorium zur Medien-Berichterstattung im Rahmen von Konflikten fiel nicht vom Himmel, sondern hat – wie der Diskurs selbst - eine Vergangenheit, eine Gegenwart und eine Zukunft.

Die Vergangenheit

In Arbeitsgruppen unterschiedlicher Größe wurden verschiedene Untersuchungen der Medien im Rahmen unterschiedlicher Konflikte durchgeführt.
Zum Beispiel:

- Eine Untersuchung der Einstellung von ca. 700 Immigranten, die gegen einen neuen Gesetzentwurf zum Ausländerrecht demonstrierten, zu der Medienberichterstattung über Einwanderer und deren Herkunftsländer.
- Eine Untersuchung der Berichterstattung spanischer (und katalanischer) sowie einiger europäischer Medien über das ehemalige Jugoslawien sowie über Tschechien, China, Kuba, Algerien, Israel, Palästina und über die sogenannte Dritte Welt im allgemeinen.
- Eine Untersuchung der überregionalen und lokalen Berichterstattung über die „berüchtigte" Gewalt von Jugendlichen vor dem Hintergrund der diskursiven Konstruktion des Jugendbildes.
- Eine Untersuchung von TV- und Presseberichterstattung in Barcelona über rassistische Anschläge in der Nähe von Barcelona auf junge Leute marokkanischer Herkunft.
- Eine Untersuchung der Berichterstattung über Zusammenstöße von Polizei und Mitgliedern der Hausbesetzerbewegung.

Die Ergebnisse warfen kein gutes Licht auf die Medien.
Nach den konfliktträchtigen Ereignissen in Prag anläßlich des Gipfels der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds und aufgrund der besorgniserregenden Medienberichterstattung haben wir uns im Hinblick auf das kommende Gipfeltreffen in Barcelona die Frage nach Interventionsmöglichkeiten gestellt. Die Presseberichte zu analysieren und erst nach einiger Zeit einen kritischen Bericht an die Öffentlichkeit zu bringen, erschien uns im Hinblick auf die aktuelle Dämonisierung der Antiglobalisierungsbewegung eine zu langfristig angelegte Strategie zu sein. Ziel sollte es sein, die negativen Wirkungen der Medienarbeit bereits im Entstehungsprozess zu reduzieren.

Folglich wurde eine präventive Strategie entwickelt.
Dafür haben wir eine Tagung über kommunikative Strategien der vergangenen Gegengipfel und über neue Linien für zukünftige Gegengipfel veranstaltet.
Das allgemeine Ziel der Tagung ist schon durch ihren Titel – Kommunikative Strategie der Gegengipfel - ziemlich klar. Trotzdem kann es interessant sein, die Unterziele zu nennen:

Wir wollten feststellen:
Welche Instrumente benutzen die Medien, um die Protestbewegung zu dämonisieren?
Was sind die Kriterien für berichtenswerte Nachrichten?
Warum verhalten sich die Medien so?
Welche Interventionsmöglichkeiten haben wir?

Mit 'wir' ist einerseits die Protestbewegung bzw. ihr Presseausschuss gemeint, und andererseits sind 'wir' einige Leute von der Universität Autonoma Barcelona, die Veranstalter der Tagung, die auf diese Weise ein Teil der Bewegung wurden. Dabei taucht ein vielleicht theoretisches, vielleicht wissenschaftliches, vielleicht nur pragmatisches Problem auf: als Veranstalter einer solchen Tagung haben wir Stellung bezogen. Oder? Lassen wir hier dieses Problem für einen Moment beiseite.

Auf der Tagung fand eine offene Debatte statt, verbindliche Schlüsse wurden zwar nicht gezogen – das wollten wir auch nicht –, aber es kamen einige konstruktive Ideen bzw. Vorschläge auf den Tisch.

- Es gibt Journalisten, die einen Spielraum haben und mit dem Protest sympathisieren: wir müssen ihnen helfen, ihr Kritikpotential auszuschöpfen.
- Es gibt Journalisten, die einen Spielraum haben und einen Anstoß brauchen, um die Trivialisierung oder Dämonisierung des Protests zu vermeiden.
- Es gibt Protestaktionen, die kontraproduktiv wirken und die die Diskreditierung des Protestes erleichtern. Solche Aktio-

nen gilt es, zu vermeiden. Hier kam die Debatte über Gewalt, gewalttätigen Protest, Sachbeschädigung usw. in Gang.

- Es gibt wichtige Medien, die Angst haben, ihren guten Ruf zu verlieren. Und weil ihr Ruf auf ihrer Glaubwürdigkeit basiert, sind sie empfindlich Kritik gegenüber, weil sie wissen (oder glauben), dass diese Kritik ausführlich verbreitet werden kann.

Die kommunikative Strategie sollte deswegen vielfältig sein und auf verschiedenen Ebenen entwickelt werden: von den Militanten; von den PressesprecherInnen; von den Presseausschüssen der Protestbewegung; von den engagierten JournalistInnen; von Kritikern, deren Kritik aufgrund ihres Rufs ernst genommen wird.

Die Gegenwart der Adhoc-Intervention

Unter diesen Umständen wurden zwei Aktionen durch die Universitätsakteure durchgeführt:
Leute, die mit der Logik der Medien vertraut waren, wurden in die Presseausschüsse geschickt.
Ein „Ad-hoc-Observatorium“ für vier Tage – die vorgesehenen Protesttage– wurde eingerichtet mit Leuten, die mit der Logik der Kritischen Diskursanalyse vertraut waren.
Obwohl die Mitglieder des Observatoriums genügend Erfahrungen mit KDA hatten, um eine umfassende Analyse der Tagesberichterstattung herzustellen, haben wir uns aus pragmatischen Gründen lediglich folgende Fragen gestellt:
Wie werden die Akteure betrachtet?
Wie werden die Taten beschrieben?
Welche Quellen verwenden die JournalistInnen?
Das Konzept war für weitere Fragen, die sich aus dem Kontext ergaben, offen.

Wir gingen folgendermaßen vor:
Zunächst einmal ließen wir alle Medien wissen, dass das „Ad-hoc-Observatorium“ der Universität existiert.
Wir waren auch bei den Protestveranstaltungen, um sie zu beobachten.
Je ein kleines Team für jedes Massenmedium hatte den Auftrag, die Nachrichten aufzuzeichnen bzw. mitzuschneiden.
In einer täglichen Besprechung legte jedes Team ein Konzept für seine Analyse vor. Diejenigen, die sich mit Rundfunk oder Fernsehen beschäftigten, bereiteten eine Transkription des Textes und eine Beschreibung der Bilder vor.
Nach Diskussion der verschiedenen Konzepte hat jedes Team seine eigene Analyse erstellt, die von einem Dozenten redigiert wurde, des weiteren wurde eine kurze zusammenfassende Analyse erarbeitet.
Schließlich wurden die Analyseergebnisse den Journalisten der Medien übermittelt und ins Internet gestellt.

Insgesamt haben wir den Eindruck, dass die Antiglobalisierungsbewegung bei diesem Anti-Gipfel – das eigentlich geplante Gipfeltreffen war abgesagt worden - von den Medien nicht verteufelt wurde und ihre Ziele dem Publikum erläutert wurden. Die Polizei wurde wegen ihrer Angriffe auf Demonstranten diskreditiert. Dennoch trägt die Sachbeschädigung von einigen Gruppen von Demonstranten weiterhin zu dem schlechten Ruf dieser speziellen Gruppe bei. Einige Medien reproduzierten allerdings Graffiti dieser Demonstranten-Gruppe, die sehr politisch waren - umstritten, aber politisch.

Und die Zukunft?

Unsere Absicht ist, zuerst eine Tagung mit JournalistInnen, die sich mit diesem Thema beschäftigen, zu veranstalten. Zweitens möchten wir das Observatorium ausbauen in ein Observatorium, das sowohl langfristige Analysen als auch Ad-hoc-Analysen auszuführen vermag.

Ich komme auf das bereits angesprochene Problem zurück: Als Teil der Protestbewegung versuchen wir eine nicht tendenziöse Analyse durchzuführen.
Aber werden nicht alle Analysen aus ideologischen Gründen durchgeführt? Dessen jedenfalls müssen wir uns bewusst sein.
Zweitens, bei uns – als Gruppe – fehlte eine Diskussion über und ein deutlicher Begriff der Politik der Weltbank und mögliche Alternativen. Dieses sollte den Analysen eigentlich vorangehen. Vielleicht war dies ein Fehler, der aber in diesem Moment und in diesem Zusammenhang wahrscheinlich eine Kleinigkeit war, und den wir ebenfalls bei einer anderen Gelegenheit diskutieren können.

---

*Dr. Xavier Giró ist Journalist und Dozent an der Universitat Autònoma de Barcelona. Im Winter-Semester 2001-2002 verbringt er einen Forschungsaufenthalt über Medien und Immigration im DISS mit einem Stipendium des Spanischen Erziehungsministeriums. Für seine Doktorarbeit ”Analisi Crítica del Discurs sobre nacionalisme i identitat en els editorials de la premsa diària a Catalunya (1977-1996)” wurde er vergangenes Jahr mit dem Forschungspreis des Rats für audiovisuelle Medien der Generalitat de Catalunya ausgezeichnet. In Barcelona leitet er einen Postgraduierten-Kurs über „Die Kommunikation der Konflikte und des Friedens”.

Bücher

Adi Grewenig / Margret Jäger (Hg.)

Medien in Konflikten
Holocaust, Krieg, Ausgrenzung

290 Seiten, € 14,90 (29 DM)
3-927388-73-4, 2000

Wehrmachtsausstellung, Walser-Bubis-Debatte, Holocaust-Mahnmal, Sparpaket, NATO-Krieg: Entlang dieser Debatten und Kontroversen vollzieht sich zur Zeit in Deutschland eine Entwicklung, die erhebliche undemokratische Potentiale in sich birgt. Medien greifen regulierend in dieses diskursive Geschehen ein und produzieren entscheidende Vorgaben.

Die Al-Aksa-Intifada und die deutsche Presse

DISS-Projekt zum Nahost-Konflikt

Seit dem Tempelberg-Besuch Ariel Scharons im September 2000 eskaliert der Nahost-Konflikt durch die darauf folgenden Auseinandersetzungen in eine sogenannte zweite Intifada, die Al-Aksa-Intifada.
Die deutsche Medienberichterstattung über den Konflikt und über die nicht enden wollenden gewalttätigen Ereignisse hat das Berlin Office des American Jewish Committee dazu bewogen, dem DISS im August den Auftrag für eine Diskursanalyse dieser Berichterstattung zu erteilen. Diese Untersuchung hat das Ziel festzustellen, ob und wie der deutsche Diskurs über Israel und die Palästinenser durch Vorurteile geprägt ist. Die ersten Ergebnisse dazu sollen bereits Mitte Dezember vorliegen.
Dazu werden sieben Zeitungen, die den Zeitraum September 2000 bis August 2001 umfassen, mit dem Verfahren der Kritischen Diskursanalyse untersucht.
Um das umfangreiche Material bearbeiten zu können, haben wir zu dem Diskursiven Ereignis Al-Aksa-Intifada vier damit gekoppelte Ereignisse herausgestellt, deren Berichte wir detailliert analysieren: Der Besuch Scharons auf dem Tempelberg, der Tod des palästinensischen Jungen Mohammad al-Durrah, der Lynchmord an zwei israelischen Soldaten in Ramallah und das Attentat auf eine Discothek in Tel Aviv.
Erfahrungsgemäß bündeln sich in der Medienberichterstattung zu solchen Ereignissen die vorhandenen politischen Positionen und Einstellungen, so dass eine Untersuchung herausarbeiten kann, mit welchen unterschiedlichen Perspektiven der derzeitige Nahost-Konflikt insgesamt wahrgenommen wird. Parallel dazu werden Überblicksanalysen einiger TV-Berichte von ARD und ZDF die Diskursanalyse der Printmedien sozusagen begleiten. Es wird die Frage zu beantworten versucht, ob vor allem im Bereich der Kollektivsymbole ähnliche oder gar die gleichen „Bilder“ mit dem Geschehen korrespondieren. Nach Erstellung erster Strukturanalysen ist bereits festzustellen, dass die bundesdeutsche Presse sehr wohl um Ausgewogenheit und Neutralität bemüht ist, und dennoch quasi selbstverständlich Haltungen und Meinungen sowohl über „die Juden“ oder „den jüdischen Staat“ als auch über gewalttätige Palästinenser produziert und reproduziert, die antisemitischen und antiislamischen Vorurteilen Vorschub leisten.

DISS-Projekt: Propaganda der rechtsextremen Unabhängigen Nachrichten

Seit über 30 Jahren erscheint die Monatszeitschrift „Unabhängige Nachrichten“ (UN). Sie will das Weltbild der Erlebnis- und Tätergeneration des Nationalsozialismus der heutigen Jugend vermitteln und dennoch möglichst im Rahmen der Legalität bleiben. In den letzten Jahren fand im Blatt ein Generationswechsel statt, hin zu jüngeren Aktivisten aus dem Umfeld der NPD und der militanten Neonazi-Szene. Die Inhalte änderten sich dadurch nicht. Die UN gehören heute mit ihrer geschätzten monatlichen Auflage von 10.000 Exemplaren zu den am weitesten unter Schülern verbreiteten rechtsextremen Propagandaschriften. Im vergangenen Jahr sorgten sie für Aufregung, als sie sämtliche Schülerzeitungsredaktionen in der Bundesrepublik anschrieben. Der Redaktionssitz ist Oberhausen, und auch in Duisburg sind die Zeitschrift und ihre Propagandaaufkleber weit verbreitet. Das DISS-Archiv arbeitet an einer Studie zur Geschichte und zu den Propagandatechniken der „Unabhängigen Nachrichten“. Ergebnis werden Handreichungen für Lehrer sein, die in ihrer Arbeit zunehmend mit der UN konfrontiert werden.

Zu Gast im DISS

Seit Anfang Oktober kann das DISS seinen ersten Forschungsdozenten begrüßen. Dr. Xavier Giró von der Universität Barcelona wird für vier Monate in unserem Institut seine Untersuchungen zum Migrationsdiskurs in deutschen Print-Medien fortsetzen. Darüber hinaus hat sich bereits gezeigt, dass der inhaltliche Austausch mit dem katalanischen Medienwissenschaftler sehr fruchtbar sein kann (s. auch den Beitrag von Xavier Giró in dieser Ausgabe).

DISS-Projekt:

NATO-Krieg in Jugoslawien in den Print-Medien

Im Krieg der NATO gegen Jugoslawien haben die Medien eine herausragende Rolle gespielt. Sie haben dazu beigetragen, Zustimmung zumindest aber Hinnahme des Krieges in der Bevölkerung zu organisieren. Durch ihre immer wieder beteuerte Haltung, Fakten bringen zu wollen, dies aber nicht zu können, durch die ständige Präsentation erschütternder Bilder, konnten sich Hilflosigkeit und Ohnmachtsgefühle ausbreiten, obwohl der Krieg durch die Bevölkerung weitgehend abgelehnt wurde. Daran konnten auch die kritischen Stimmen in den Medien nichts ausrichten. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse eines Lehrforschungsprojekts zur Medienberichterstattung während des NATO-Kriegs in Jugoslawien, das das DISS in Verbindung mit der Duisburger Universität durchgeführt hat und dessen Ergebnisse nun in Form einer Publikation vorliegen. Wie notwendig eine kritische Befassung mit den Medien ist, zeigt sich gerade zu Zeiten des 2. Krieges, in den deutsche Soldaten verwickelt sind.
Das Buch Medien im Krieg. Der Anteil der Printmedien an der Erzeugung von Ohmachts- und Zerrissenheitsgefühlen wird von Margret Jäger und Siegfried Jäger herausgegeben und im Januar 2002 vorliegen. (ISBN 3-927388-79-3, ca. 300 S., ca. • 17,50)